



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 47.

Berlin, den 17. Februar 1918.

12. Jahrgang.

Friedens-Ersatz.

Berlin, den 12. Februar 1918.

Die Sphinx des Ostens.

Am 9. und 11. Februar konnten die deutschen Patrioten wieder einmal die Fahnen aus den Fenstern hängen. Sie flüchteten in dem trüblichen Regenwetter melancholisch an die Hauswände, aber das politische Kindergemüt des deutschen Spielers hatte doch keine Freude daran. Diesmal galt dies alles aber nicht einer Siegesfeier, sondern dem Frieden, oder richtiger, dem Friedensersatz, der im Brest-Litowsker Laboratorium schließlich aus der Keimzelle kam. Es ist ein Frieden, der alle östlichen Fragen in der Schwebe läßt, der Hunderte von Konfliktmöglichkeiten in sich birgt. Wohl wird auf russischer Seite in absehbarer Zeit kein Schuß mehr abgefeuert werden, ob aber der Imperialismus der Mittelmächte nicht über die Demarkationslinie hinausmarschieren wird, um der „Anarchie“ in Dänemark, Estland usw. zu steuern, ist eine Frage, deren Antwort noch aussteht.

Mit der neuen Republik Ukraine ist ein formeller Friedensvertrag mit vielen Kapiteln und Paragraphen abgeschlossen worden. Mit dem übrigen Rußland kam ein solcher Vertrag nicht zustande. Die Bolschewiki-Regierung erklärte nur den Kriegszustand mit den Mittelmächten für beendet und verfügte die völlige Demobilisierung des russischen Heeres. Was die Mittelmächte nach einem solchen noch nie dagewesenen und alle geheiligten Traditionen der Geheimdiplomatie auf den Kopf stellenden Abbruch des Krieges zu unternehmen gedenken, ist noch völlig dunkel.

So sieht der demokratische, dauernde und ehrenvolle Frieden aus, der jetzt an der Ostfront zustande gekommen ist. Unverbesserliche Illusionäre, bis weit in die Arbeiterschaft hinein, sehen schon die Eisenbahnzüge voll Getreide, Fleisch, Butter und anderen Herrlichkeiten aus dem Osten heranrollen, obgleich vor kaum anderthalb Jahren nach dem rumänischen Feldzug ihre Illusionen so bitter getäuscht worden sind.

Der politisch denkende Arbeiter aber sollte sich folgende Tatsachen vor Augen halten: Die soziale Revolution ist in Rußland noch nicht zum Abschluß gekommen, ebensowenig wie das völkerrechtliche Verhältnis der sich jetzt aus dem zaristischen Erobererreich bildenden einzelnen Nationalstaaten zu einander geregelt ist. Kein Mensch kann heute sagen, ob in der Ukraine, in Finnland, in Polen usw. die nationale Revolution des Bürgertums und des Nationalsozialismus über die soziale Revolution der Arbeiter und Kleinbauern triumphieren wird. Solange dieser Kampf nicht entschieden ist, kann von einer umfassenden und dauernden Regelung der Beziehungen zu Rußland keine Rede sein. Ein politisch und wirtschaftlich befriedigender Friedenszustand kann im Osten nur dann erreicht werden, wenn die Regierungen der Mittelmächte auf ihre Macht-, Sicherungs- und Einkaufabsichten verzichten. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob die Männer, die in Großrußland die Regierungsgewalt in Händen haben, Lenin, Trozki usw. oder anderswie heißen. Selbst nach einem Sturz der Bolschewiki-Regierung würde die soziale Revolution in Rußland, wenn auch vielleicht auf eine Weile zurückgedämmt, nicht aus der Welt geschafft sein, würden aber auch die national-demokratischen Kräfte sich gegen alle Vergewaltigungs- und Bevormundungsabsichten der Mittelmächte auflehnen. Käme es dann auch nicht wieder zu einem offenen Kriegszustand im Osten, so hätte man doch mit einer Kette von Revolten, politischen Unruhen und diplomatischen Verwicklungen zu rechnen, die

auf beiden Seiten lähmend auf die wirtschaftlichen Beziehungen wirken würden.

Die † † † Bolschewiki.

Wenn man der internationalen Bourgeois-Presse glauben dürfte, müßten die Trozki und Konjorten unter der Zunft der Kriegsgewinnler einen besonderen Ehrenplatz erhalten. Als im Dezember und Anfang Januar die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen noch Hoffnungen auf einen Sonderfrieden mit Rußland erweckten, da wurden die Bolschewiki in der deutschen kapitalistischen Presse mit einem gewissen Wohlwollen behandelt. In der Entente-Presse aber heulte die journalistische Meute in der kriegsbeherischen Presse über Verräterei und Verrat. Trozki und seine Freunde sollten Riesensummen deutschen Geldes erhalten haben, um die Entente zu verraten. Als dann Trozki in Brest-Litowsk an seinem demokratischen Friedensprogramm mit Zähigkeit festhielt, da erkannte die deutsche kapitalistische und — ein Teil der regierungssozialistischen Presse auf einmal, was für ein widerborstiges Scheusal der Trozki sei. Für die Sorte Journalisten, denen der Mammon höchstes Lebensgut dünkt und die nicht begreifen können, daß es Menschen gibt, die ihr Alles für den Kampf um eine große Idee einsetzen, stand jetzt auf einmal fest, daß Trozki ein bezahlter Agent Englands sei. So schrieb Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“: „Ob England, dessen patriotisches Volk zu allerletzt sich bolschewistisch-internationalem Trubel hingeben würde, diese Bewegung des Herrn Trozki unterstützt, ob dabei gewisse Bankguthaben eine Rolle spielen, wie bei Herrn Kerenski, lassen wir dahingestellt. Möglich ist alles bei Albion — und weshalb ein Maximalist und Alljude weniger erwünscht sein sollte, als ein Minimalist-Alljude, wäre nicht einzusehen.“

Es erübrigt sich, unseren Lesern die Niedrigkeit der Gesinnung gewisser bürgerlicher Journalisten diesseits und jenseits der Schützengräben klar zu machen. Die Verleumdungswut der Bourgeoisie hat sich von jeher an energisch und konsequent auftretenden Sozialisten ausgetobt. Und das, was jetzt den Bolschewiki geschieht, konnte man schon zur Zeit der Pariser Kommune in der internationalen Bourgeois-Presse finden. Nur in etwas haben sich die Verhältnisse geändert: Damals stand die ganze deutsche Sozialdemokratie mit ihren Sympathien auf der Seite der Pariser Arbeiter, heute macht ein Teil der regierungssozialistischen Presse die Hecke gegen die Bolschewiki tapfer mit, wenn sie vielleicht auch nicht ganz die plumpen Methoden eines Reventlow anwendet.

In der letzten Woche hat das amtliche Organ der deutschen Regierung, die „Nordd. Allg. Ztg.“, eine ganze Anzahl von Drohartikeln an die Adresse Trozkis gerichtet, dem sie hinterhältige Verschleppungsabsichten vorwarf. Als Kronzeugen für die angebliche Volksstimmung in Deutschland führte die „Nordd. Allg. Ztg.“ ein regierungssozialistisches Blatt an, die in Leipzig erscheinende „Freie Presse“, an. Dies edle Organ hatte geschrieben:

„Die Bolschewisten sollten sich lieber ernsthaft um einen vernünftigen Frieden bemühen, als auf die internationale Revolution zu lauern und zu spekulieren. Die Völker wollen Frieden, nicht Phrasen, und niemand in Deutschland schaut sich nach der Begünstigung durch Trozkis rote Garde.“

Das schreibt ein deutsches „sozialdemokratisches“ Blatt. Und ähnliche Ergüsse liegen sich aus der „K.“, der „Glocke“, dem „Hamburger Echo“ usw. noch dutzendweise zitieren.

Dabei müssen die Arbeiter sich folgendes klar machen: Sobald die Bolschewiki ihre Friedensoffensive unternahmen, erklärten die Regierungssozialisten im „Vorwärts“, ferner durch den Mund der Herren Ebert und Scheidemann im Reichstage mehrmals feierlich, daß ihre Partei sich in völliger Solidarität hinter das Friedensprogramm der Bolschewiki stelle. Damit vergleiche man die Worte der Leipziger „Freien Presse“. Besonders pikant wird die Sache noch, wenn man bedenkt, daß das Leipziger Reptil als Gegen gründung gegen die dortige „Volkszeitung“ mit behördlichen und Parteivorstandsgeldern künstlich gezüchtet worden ist, desselben Parteivorstandes, der in der Friedensfrage angeblich mit Trozki Schulter an Schulter marschiert.

Ueber die heillos zerfahrene und unehrliche Friedenspolitik des Regierungsozialismus wird noch viel zu sagen sein. Heute sei nur darauf hingewiesen, daß Trozki angesichts der unüberbrückbaren Gegensätze, die zwischen ihm und der Diplomatie der Mittelmächte in der Auffassung über einen demokratischen Frieden bestanden, sich nicht zur Abfassung und Unterzeichnung eines formalen Friedensvertrages herbeilassen konnte. Den Krieg fortsetzen kann und will die Bolschewiki-Regierung natürlich auch nicht. Es blieb daher nur der einzige Ausweg, den Kriegszustand für Rußland als aufgehoben zu bezeichnen. In der deutschen Presse heißt es jetzt, daß eine solche Erklärung nur einseitig sei und die Mittelmächte nicht binde.

Der russische Friedenswille stand und steht auch jetzt noch unzweifelhaft fest. Mit vollem Recht hebt die „Wiener Arbeiterzeitung“ folgende Momente dafür hervor:

1. Bis zur Revolution vom 25. Oktober a. St. lehnte Rußland den Sonderfrieden als eine „Schmach“ ab. Nach der Revolution, die die Bolschewiki zur Macht geführt hat, hat die von ihnen gebildete Regierung sofort die Friedensverhandlungen eingeleitet.

2. Als die Verhandlungen zum erstenmal zu scheitern drohten, hat sich Trozki den Forderungen der Mittelmächte gefügt, um die Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen.

3. Rußland hat sich bereit erklärt, auf den Besitz Kurlands, Litauens, Polens, der Ukraine — also eines Gebietes mit 48 Millionen Einwohnern! — zu verzichten, vorausgesetzt nur, daß dies wirklich der Wille der Völker ist, die diese Länder bewohnen, und daß dieser Wille in einer unbeeinflussten Volksabstimmung ausgedrückt wird.

4. Trozki braucht den Frieden. Kann er ihn nicht bringen, dann verliert seine Partei die Unterstützung der Soldaten und ist damit verloren.

5. Die Fortsetzung des Krieges ist für Rußland zwecklos und gefährlich. Denn es hat keine kampffähige Armee mehr und seine Kriegsindustrie ist zerrüttet.

Streik-Nachlese.

Die Streitenden gehen wieder ihrer Arbeit nach. Aber in der Presse und überall da, wo sich den Gegnern der Arbeiter Gelegenheit bietet, ihren patriotisch-nationalen Groll zu entladen, wollen die Bannflüche gegen die Arbeiter nicht verstummen. So hat in einer Ausschussung des preussischen Abgeordnetenhauses der neue Polizeiminister Drews, nebenbei bemerkt ein Hätschelkind des

Regierungssozialismus, weil er mit einiger Entschiedenheit für die doch so ansehbare Wahlrechtssortlage der Regierung eintrat, die ganze Schale seines Zornes über die Streitenden ausgegossen. Vor allem hat er, was die Berliner Arbeiter besonders freuen wird, der Schuhmannschaft seinen wärmsten Dank ausgesprochen.

Inzwischen arbeitet in Moabit das außerordentliche Kriegsgericht mit Hochdruck weiter. Seine Tätigkeit wird in den nächsten Tagen im Reichstage, der nun doch am 19. Febr. zusammentreten soll, eine nähere Würdigung erfahren, wie sein Walten auch späterhin in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung nicht vergessen werden wird.

Mit Interesse werden die Berliner Arbeiter auch die Nachricht vernommen haben, daß die Straßenbahner neben dem Lobe, das ihnen vom Oberkommandierenden in den Marken zuteil wurde, von ihrer Direktion eine Belohnung von 10 Mark und die Aussicht auf eine Portion Grats-Sped oder Fett erhalten haben.

Neben alledem geht das Toben der Gewerkschaftsgrößen und der Regierungssozialisten gegen die Unabhängige Sozialdemokratie lustig weiter. Muß man doch beweisen, daß man an dem Streik ganz unschuldig und trotz aller Oppositions-Deklamationen ein braves Kind ist, das gar nicht daran denkt, eine politische Macht zu sein. Hat doch der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 12. Februar ausdrücklich den Verzicht auf eine energische proletarische Politik ausgesprochen. Jetzt gilt es, die grollende Regierung und die lieben bürgerlichen Bloßbrüder, die durch die Haltung der Regierungssozialisten in der Streikfrage arg verschmüpft waren, wieder zu versöhnen. Das geschieht aber am besten durch Schimpfen auf die Unabhängigen.

So hat es der Abgeordnete Bauer, der Vertreter der Generalkommission der freien Gewerkschaften, für seine Aufgabe gehalten, unmittelbar nach Abbruch des Streiks, in einem bürgerlichen Blatte, dem „Berliner Tageblatt“, das sich gegen den Streik überaus feindselig benommen hat, eine Erklärung zu veröffentlichen, die sowohl Schmähungen gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei enthält, als auch den wahren Sachverhalt entstellt und verwirrt. Er zitiert ein Flugblatt, von dem er weiß, daß es nicht von der Unabhängigen Partei stammt. Er stellt es ferner so dar, als ob nur die Vertreter der Unabhängigen Partei gegen die Zuziehung der Generalkommission zu den Beratungen mit der Regierung sich ausgesprochen hätten. Die Wahrheit ist, daß zunächst die sämtlichen beteiligten Arbeiter gegen die Einmischung der Generalkommission Stellung nahmen und daß die Vertreter der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten sich dann im gleichen Sinne aussprachen, — dabei aber ausdrücklich hervorhoben, daß sie nichts dagegen hätten, wenn Bauer oder ein anderes Mitglied der Generalkommission als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei an den Beratungen mit der Regierung teilnehmen würden.

Es handelte sich also nicht um irgendeine kleinliche persönliche Frage, sondern um eine sachlich wohlbegründete Stellung. Denn die Arbeiterschaft hatte nicht vergessen, welche Haltung die Generalkommission beim Streik im April des Jahres 1917 eingenommen und wie sie sich auch seitdem politisch betätigte, insbesondere durch ihre Eingabe an den General Eröner und andere Regierungsstellen. Die Arbeiterschaft war vor allem aber ergrimmt darüber, daß die Generalkommission den Massenstreik, der die gesamte Arbeiterschaft bis ins tiefste aufwühlte, in kühler Neutralität gegenüberstand.

Es war deshalb ein berechtigtes Mißtrauen, mit dem die Arbeiterschaft erfüllt wurde, als sie vernahm, daß Bauer sich mit der Regierung in Unterhandlungen über den Streik eingelassen hatte und darauf die Teilnahme der Generalkommission als Bedingung für die Verhandlungen mit den Arbeitern gestellt wurde. Daß Robert Schmidt bei der Besprechung mit der Regierung neben Bauer tätig war, wurde den Arbeitern zunächst schamhaft verschwiegen.

Die Unabhängigen sind es dann gewesen, die, unter Zurückstellung schwerer Bedenken, um alle formalen Vorwände zu beseitigen, eine Verhandlung mit der Regierung, an der nur die Abgeordneten teilnahmen, herbeigeführt haben. Diese Verhandlungen sind den Herren von der Generalkommission und den Abhängigen freilich sehr unangenehm gewesen, da sie klar zum Ausdruck

brachten, daß die Regierung nicht daran dachte, auch nur die geringste Konzession den Arbeitern zu gewähren.

Die Herren Bauer und R. Schmidt würden gewiß gern die hämische Bemerkung machen, daß Haase und Ledebour selbstverständlich nicht das erreichen konnten, was die Generalkommission durchgesetzt hätte, aber wie wollen sie über die unbedeutsame Tatsache hinwegkommen, daß neben Haase und Ledebour auch Ebert und Scheidemann auf die Regierung einwirkten. Daß Bauer und Rob. Schmidt mehr erreicht hätten, als die Fraktionsvorsitzenden Ebert und Scheidemann, die doch immer wieder der staunenden Welt als besonders einflußreiche Persönlichkeiten gezeigt wurden, werden sie selbst nicht behaupten wollen.

Die Abhängigen und insbesondere der „Vorwärts“ suchen jetzt im Trüben zu fischen.

Sie spielen sich jetzt als die auf, die der Bewegung ein festes Rückgrat gegeben hätten, und sie schrecken vor keinem Mittel zurück, die Unabhängigen zu verleumdern und sich Mitglieder einzufangen.

Das Spiel ist jedoch zu durchsichtig, als daß es nicht von den Arbeitern durchschaut werden sollte.

Die Magdeburger Gewerkschaftsführer sind am Sonntag zum dortigen stellvertretenden Kommand. General zu einer Besprechung über die Streikbewegung geladen worden. Einige davon sollen den Streik verurteilt haben. Der General erklärte, daß er bei drohendem neuen Streik umfassende Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen treffen werde.

In den Streiktagen wurden unter den Berliner Arbeitern zahlreiche Exemplare einer Zeitung verteilt, die den schönen Titel „Arbeiter-Schutz-Zeitung“ trägt. Unsere Leser wissen, daß es der Unabhängigen Sozialdemokratie Groß-Berlins nicht möglich war, eine eigene Zeitung zu schaffen. Hier sehen wir aber, daß trotz aller Papiernot ein neues, umfangreiches Blatt das Licht der Welt erblicken und in Massen unter die Arbeiter geworfen werden konnte. Diese „Arbeiter-Schutz-Zeitung“ ist das Organ eines „Arbeiter-Schutz-Bundes“, hinter dem die gelben Drahtzieher stehen und bei dessen Tausch offenbar der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Pate gestanden hat. Unter diesen Umständen wird der neue Bund mit seinem Blatt unter der Arbeiterschaft auch die gebührende Würdigung finden. Sie wird wissen, was von dem demagogischen Motto dieser gelben Gründung: „Wahrheit — Freiheit — Gerechtigkeit“ zu halten ist. Und das um so mehr, als sie in diesen Tagen täglich Anschauungsunterricht über diese drei schönen Themen erhält.

Im „Russischen Boten“, einer Zeitung, die zweimal wöchentlich vom Kriegsministerium für die russischen Kriegsgefangenen in russischer Sprache herausgegeben wird, findet sich folgender Bericht über die deutsche Streikbewegung:

„An verschiedenen Orten Deutschlands kamen in den letzten Tagen Streiks von Arbeitern zustande, welche, wie es gewöhnlich der Fall ist, ohne Einmischung der Polizei, bald beendet wurden. Sie verliefen mit Ausnahme einiger Zusammenstöße mit der Polizei, die in solchen Fällen unvermeidlich sind, ohne Störung der Ruhe und Ordnung.“

Das Ausland zur deutschen Streikbewegung.

Das neutrale und das feindliche Ausland beobachten natürlich mit Aufmerksamkeit die Streikbewegung in Deutschland. Allgemein wird die Ursache richtig erkannt. Die proletarische Presse beschränkt sich jedoch nicht auf rückwärtige Betrachtung, sie untersucht auch die Art des Streiks und vergleicht ihn mit früheren Bewegungen der Arbeiterklasse.

So schreibt „Het Volk“, das Organ der holländischen Sozialdemokratie, noch folgendes:

„An sich ist dabei nichts besonderes. Das außergewöhnliche ist, daß die Masse streikt, während die Organe, denen die Organisation und Leitung des Streiks zugewiesen war, die Rolle von wohlwollenden Zuschauern übernehmen. Ein sonderbares Gefühl mag sich in diesen Tagen der Leiter der deutschen Arbeiterbewegung bemächtigt haben. Von Beweiseren sind sie zu Mitläufern geworden.“

Ein vergeblicher Ablenkungsversuch.

Von Heinz Ströbel, M. d. R.

Daß die Demokratisierung Preußens aufs engste mit der militärischen Situation und der Entwicklung der

äußeren politischen Verhältnisse zusammenhängt, steht schon vor ungefähr Jahresfrist auseinander. Das erklärte damals, daß durch den Gang der Ereignisse die preussische Wahlrechtsfrage mehr und mehr in den Vordergrund gerückt werde, und daß es nur eines energischen Vorstoßes der Sozialdemokratie bedürfe, um der Regierung eine Wahlreform abzurufen. Ein paar Monate später kam es dann wirklich zu den stürmischen Vorgängen in der Budgetkommission des Reichstages, denen wir die Resolution vom 10. Juli und die Verleihung einer schleunigst durchzuführenden Wahlreform auf Grund des gleichen Wahlrechts zu verdanken haben. Und wahrscheinlich wären inzwischen Parlamentarismus und gleiches Wahlrecht bereits gesicherte Errungenschaften, wenn sich seit dem Juli des vorigen Jahres die äußere politische Lage nicht wieder erheblich verschoben hätte. Aber der militärische Niederbruch Rußlands verbesserte die Lage Deutschlands derart, daß auch die alten reaktionären Mächte, in erster Linie Agrarier, Schwerindustrie und Bürokratie wieder Zuversicht und jene zähe Widerstandsraft gewannen, die sich erst in den letzten Wochen in dem trostigen Kampf dieser Reaktion gegen die Wahlreform bekundet hat. Andererseits haben sich bereits im Zentrum, das in der Sabotierung des gleichen Wahlrechts mit den Konservativen Hand in Hand geht, warnende Stimmen erhoben, daß man die Wahlreform nicht allzu lange mehr verschleppen möge.

Die Herren vom Zentrum und jene Nationalliberalen, die kürzlich in einem Aufruf die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses beschworen, sich der Forderung des gleichen Wahlrechts nicht länger zu widersetzen, haben die richtige Witterung. Um möglichst wenig gewöhren zu müssen, will man auf die Verschleppung der Wahlreform verzichten, was freilich keineswegs den Versuch ausschließt, die Wahlrechtsvorlage der Regierung nach Möglichkeit zu verschlechtern.

Die umfangreiche, so zahlreiche Städte Deutschlands umfassende Streikbewegung der letzten Woche hatte in erster Linie keineswegs die Durchsetzung innerpolitischer Reformen zum Ziele. Wohl aber gab man überall zu verstehen, daß man gern bereit sei, mit den politischen Vertretern der Arbeiterschaft über die innerpolitischen Forderungen der Arbeiter zu verhandeln. Und sicherlich hätten es Graf Hertling und Herr Baumbach insbesondere nicht an Versicherungen fehlen lassen, daß die preussische Regierung entschlossen sei, die Durchführung der preussischen Wahlreform mit aller Entschiedenheit zu betreiben.

Ein so großartiges Verkennen der wirklichen Volksstimmung auch in den konservativen und nationalliberalen Behauptungen lag, daß die Arbeiterschaft im Felde und dahem sich nur herzlich wenig um die ganze Wahlreform kümmere, so richtig ist es doch, daß die breiten Arbeitermassen heute eine Frage noch viel leidenschaftlicher bewegt, als die Frage des gleichen Wahlrechts, nämlich die Frage des baldigen Friedens.

Zu allem Ueberflus ist es den Massen auch kein Geheimnis mehr, um welches Dissonanzgericht es sich bei der preussischen Wahlreform handelt. Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses haben selbst dem Blindesten den Star gestochen. Allzu unverblümt haben Rechte, Zentrum und Nationalliberale ihre inneren Absichten enthüllt, als daß das Proletariat nicht begriffe, daß es sich bei der ganzen Wahlreform trotz des vielgerühmten und vielgeschmähten gleichen Wahlrechts um nichts handelt als um ein politisches Schwaengericht, von dem die Arbeiterschaft nicht satt wird.

Denn, so sagen sich die Arbeiter, was nützt und was gleiche Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus, wenn dem Abgeordnetenhaus durch die Verbehaltenheit, ja durch die Erweiterung der gesetzgeberischen Machtbefugnisse des Herrenhauses jede durchgreifende demokratische Wirksamkeit unterbunden wird! Daß man aber das Herrenhaus dem radikalisierten Abgeordnetenhaus gegenüber zum uneinnehmbaren reaktionären Bollwerk ausgebaut hat, haben die Wehrheitspartei ja selbst in der Kommission mit aller Angeniertheit ausgesprochen. Und in der Tat, was wäre auch dies Herrenhaus, selbst wenn es völlig nach der Vorlage der Regierung reorganisiert würde, anderes als eine Hochofener des Junkertums, des Großkapitals und der mit beiden Mächten eng verknüpften bürokratischen Rechte und Zentrum sind ja eifrig am Werke, Agrarier, Kirche und andere rückwärtliche Elemente noch erheblich zu stärken. Aber selbst, wenn es der Linken gelänge, diese Verschlechterungen zu verhindern, und statt dessen ein paar Duzend Bürgermeister, Bauern oder selbst Arbeitervertreter mehr in das Haus der Herren hineinzubringen — was hätte diese Handvoll Leute in einer reaktionären Körperlichkeit von mehr als 500 Köpfen zu bedeuten! In jedem Falle wäre jederzeit eine Pfäferschüssel oder auch Reuschentelmechtheit vorhanden, um gegen jeden, auch nur entfernt demokratischen Beschluß des Abgeordnetenhauses ein rücksichtsloses unüberwindliches Veto einzulegen.

Freilich würde es eines solchen Vetos ja ohnehin kaum bedürfen. Nach den Berechnungen der Regierung soll es bei dem gleichen Wahlrecht die Sozialdemokratie höchstensfalls auf etwa 100 Mandate bringen können, auf rund 100 von 450 Sitzen! Wie sollte da auch nur im Abgeordnetenhaus jemals eine vernünftige, volkstümliche Politik möglich sein! In Fragen der Schule, der Kirche z. B. ständen Sozialdemokraten und die entschiedenen Liberalen jederzeit einer kompakten liberal-konservativen Mehrheit gegenüber. In Fragen der Steuer, der Sozialpolitik, des Staatsarbeiterrechts usw. würde die reaktionäre Mehrheit nicht minder sicher sein. Ja, wenn das gleiche Wahlrecht allmählich seine demokratisierenden Wirkungen auch in Bezug auf die Zusammensetzung des Hauses ausüben könnte! Aber das soll ja gerade durch Verbehaltenheit der skandalös ungeräten Wahlrechtstellung, durch skandalöse Anwendung eines Proportionalwahlrechts nur auf die Großstädte, Industriebezirke und die polnischen

Landesteile und durch andere Benachteiligungen des Proletariats und der Opposition von vorn herein unmöglich gemacht werden. Und obendrein ist ja das Zentrum eifrig am Ausklügeln von allerhand weiteren Mitteln, um jede vollständige Politik auch nur des Abgeordnetenhauses selbst auszuschließen, beispielsweise durch die in das Wahlgesetz aufzunehmende Bestimmung, daß Beschlüsse über Schul- und Kirchenpolitik, eine neue Wahlkreis-einteilung und dergleichen mehr nicht mit einer einfachen, sondern nur mit einer qualifizierten, also etwa einer Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit gefaßt werden können!

Kein Wunder, daß selbst das Zentrum nachgerade drängt, diese Wahlkreisform nicht allzulange hinauszuschieben, sondern in Gesetzesform zu gießen, solange das Volk noch mit einer solchen Scheinreform abzuspäßen ist.

Die Agrarfrage und die Revolution in Rußland.

Von Jan Pilecky.

Der Verfasser des nachstehenden Artikels hat sich während der Revolution theoretisch und praktisch auf dem Gebiet der russischen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Agrarreform, hervorragende Betätigung. Seine Ausführungen, die der Renjournale von Gorkis „Nowaja Sibir“ entnommen sind, geben eine klare, übersichtliche Darstellung des jetzigen Standes der russischen Agrarfrage, die für den weiteren Verlauf der Revolution von entscheidender Bedeutung sein wird. D. Red.

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben stellte sich die russische Revolution die Beseitigung des Großgrundbesitzes, die Vernichtung aller Ueberreste der Hörigkeit, die Schaffung solcher Grundbesitzverhältnisse in den Dörfern, die ihnen eine schnelle Entwicklung ihrer Produktivkräfte sichern und eine Annäherung der Bauernmassen an die Stadtbevölkerung herbeiführen können. Diese Bewegung setzte ein unter der Parole „Land und Freiheit!“ — Was haben nun alle Regierungen der Revolutionszeit getan, um die revolutionären Forderungen der Bauernschaft zu befriedigen und jene neuen Bedingungen zu schaffen, die die Bevölkerung zur radikalen Lösung der Frage durch die Konstituante vorbereiten wollten?

Die Dorfbevölkerung nahm die Revolution im höchsten Grade ruhig und forreht auf. In den ersten Monaten kamen aus allen Enden des Reiches immer wieder dieselben Meldungen: in den Dörfern hege man den festen Glauben, daß die neue Ordnung der Bauernschaft ein neues Leben sicherstellen würde, und man warte. Nur aus einzelnen Gebieten, wie z. B. aus den Gouvernements Samara und Kasan, berichtete man über Aufteilung der Gutsländereien, eigenmächtige Beschlagnahme usw.

Am 4. Mai 1917 wurde das von den Ministern Drow und Schingarew unterzeichnete Gesetz über die Agrarkomitees veröffentlicht. Dieses sehr schlecht und unklar abgefaßte Gesetz stellte sich als einseitig und unangemessen dar, eine Organisation zu schaffen, die auf dem flachen Lande möglichst alles beim alten lassen sollte. In allen seinen Punkten heißt es, daß die Komitees auf Grund der bestehenden Bestimmungen zu wirken hätten, d. h. auf Grund der vorrevolutionären Bestimmungen, die das Wohl der Grundherren im Auge hatten.

Die Massen beklagten sich jedoch, dieses Gesetz für ihre Interessen ungenügend. Schon auf dem im Mai einberufenen allrussischen Bauernkongreß wurde eine Resolution angenommen, die die Uebergabe aller für landwirtschaftliche Zwecke genügenden Ländereien unter die Kontrolle der Agrarkomitees verlangte. Hierbei sprach der Kongreß sich mit aller Entschiedenheit dafür aus, daß nur die Konstituante berechtigt sei, die endgültigen Formen der Agrarverhältnisse festzusetzen.

Die Provisorische Regierung stand also vor der klaren Aufgabe, ein System einseitiger Maßnahmen und Bestimmungen zu schaffen, die den neugeschaffenen Organen als Richtschnur dienen konnten, um die abwartende Haltung der Bauernschaft zu festigen und eigenmächtigen Handlungen vorzubeugen, die die Kraft der Revolution zerpflichten und den Glauben an sie untergraben. Die provisorische Regierung schlugen indes den entgegengekehrten Weg ein. Im Juni wurde endlich das Gesetz über die Aufhebung der Stolypin'schen Agrarregulierungskommissionen herausgegeben, das diese der Dorfbevölkerung so verhassten Institutionen vernichtete. Ein anderes Gesetz über das Verbot der Abkäufe von Bodenverkäufen usw. stieß auf den heftigsten Widerstand der bürgerlichen Mitglieder des Koalitionskabinetts. Erst nach den Julitagen und nach dem Abtritt des Ministerpräsidenten Fürst Drow wurde dieses Gesetz, das die notwendige Voraussetzung einer grundlegenden Reform bildet, endlich veröffentlicht, aber auch dann nur in verstümmelter Form.

Damit fand die gesetzgeberische Tätigkeit ein Ende. Vergeblich waren die Aufforderungen des linken Teiles der revolutionären Demokratie, vergeblich waren seine Hinweise auf die Notwendigkeit einer neuen zeitweiligen Organisation des Dorfes. Die temporäre Regierung blieb taub und begann einen Feldzug gegen die Agrarkomitees, die den Forderungen der Revolution dadurch zu entsprechen suchten, daß sie Land in ihre Verwaltung nahmen, die Höhe der Löhne und Pachten festsetzten usw.

In einer Reihe von Gouvernements wurden die Agrarkomitees verhaftet und vor Gericht gestellt. Staatsanwälte, Kommissare, Gutbesitzer, Millionäre

und Militärs begannen eine Hebe gegen die Agrarkomitees. Die Gegenrevolution erhob im Dorfe ihr Haupt und ging frech zur Offensive über, unter offener Duldung, zuweilen auch unter Mitwirkung der örtlichen Behörden, die vielerorts noch aus der Zeit der Zarenherrschaft stammten. Es entstanden Verbände der Gutbesitzer, die schnell in Blüte kamen und sich zu einem allrussischen Verband zusammenschlossen, der auf die Provisorische Regierung genau denselben Druck auszuüben suchte, wie seinerzeit der Adel auf die Minister Nikolai Romanow.

Das Dorf spürte instinktiv die drohende Gefahr. Dieses „blinde, taube, rückständige“ Dorf — wie die bürgerliche Presse es nennt — gab seine abwartende Taktik preis und ging zum Angriff über. Im August setzten die Plünderungen und Brandstiftungen der Gutshöfe ein, an die sich die Aufteilung alles beweglichen Inventars angeschlossen. Die Bauernschaft verlor den Glauben an die organisierende Macht der Revolution und begann, die Agrarfrage auf eigene Faust zu lösen. Das war die Antwort auf die Politik der Provisorischen Regierung.

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Lösung der Agrarfrage für die Revolution äußerst schädlich war. In den meisten Fällen gelangte der Löwenanteil der Beute in die Hände der wohlhabenden Schichten der Bauernschaft, da man die Aufteilungen nach der Zahl der Pferde oder der Größe des Realbesitzes vornahm. Auf diese Weise bekam der am meisten, der mehr als die übrigen besaß. In den waldreichen Gebieten begannen die Bauern die Bestände abzuforsten, und auch hier nahmen die Reichen den größten und besten Teil der Beute für sich in Anspruch, indem sie nicht selten je 400 bis 500 Bäume fällten, die einen Wert von vielen Tausenden repräsentierten.

Der Novemberaufstand trug in diesen Prozeß der eigenmächtigen Besitzergreifung und Aufteilung, der sich über ganz Rußland erstreckte, keine wesentlichen Änderungen hinein. Nur in einigen wenigen Gebieten, die meist nicht im Schwarzerdenraum lagen, besetzten sich die Agrarkomitees, sämtliche Ländereien unter ihre Kontrolle zu stellen, die die beginnende Anarchie einzudämmen. Die vom Rat der Volkskommissare herausgegebenen drei Agrardekrete gaben a) l o u t n i c h t s n e u e s ; noch wesentlich ist, daß sie sich als vollkommen machtlos erwiesen, das entstandene Chaos auch nur irgendwie zu regeln.

Die Besitzergreifung und Aufteilung der Herrengüter geht weiter. Die Bevölkerung traut weder den von ihr selbst gewählten Agrarkomitees, noch sind diese imstande, irgendeine Ordnung, irgendeine Organisation in das ringsum wütende Chaos hineinzutragen. Die reichen Schichten der Bauernschaft treten immer entschiedener in den Vordergrund. In den Dörfern breitet sich immer mehr die (gesetzlich verbotene) Branntweinbrennerei aus, die ungeheuerliche Gewinne abwirft. In den oberen Schichten der Bauernschaft haben sich Milliarden von Papiergeld angeammelt (nach annähernden Berechnungen mindestens 10 Milliarden Rubel). So hat sich während der Revolution der Prozeß der Differenzierung im Dorfe noch mehr vertieft: die Reichen sind verhältnismäßig noch reicher als die Armen geworden.

Das einzige wesentliche Ergebnis, das bisher erreicht worden ist, besteht darin, daß der Großgrundbesitz in der Tat die Hoffnung verloren hat, die vorrevolutionären Zustände wieder herzustellen, und in dieser Beziehung hat der Novemberumsturz die Dinge um einen Schritt weiter gebracht. Aber die ganze Entwicklung der Agrarfrage während der Revolution zeigt, daß an die Stelle des Großgrundbesitzes die bäuerliche Bourgeoisie tritt, und daß es nicht gelungen ist, die Verhältnisse so zu regeln, daß in erster Linie die ärmsten Schichten des Dorfes den Gewinn davontragen. Vorläufig erinnert die Lage außerordentlich an die französische Revolution von 1789, die an Stelle der reaktionären Grundherren eine reaktionäre Dorfbourgeoisie ins Leben rief. In gleicher Zeit tritt das Dorf immer lauter mit dem Rufe nach Ordnung in den Vordergrund.

Das neue Jahr findet das russische Dorf am Scheidewege. Seine oberen Schichten, die bedeutend härter und bewusster geworden sind, wenden sich im Verein mit dem städtischen Bürgertum immer entschiedener von der Revolution ab. Seine unteren Schichten, wenig entwickelt und nur mit geringen Erfahrungen ausgestattet, geben sich zusammen mit dem Proletariat Moskovien und Kasan hin, indem sie die Parole der allgemeinen Gleichmacherei und der sozialen Revolution proklamieren. Der Konflikt ist unvermeidlich, wenn die bewußten Elemente auf beiden Seiten nicht zur Verständigung miteinander gelangen. Bei einem Konflikt jedoch ist die Niederlage der Revolution fast unvermeidlich. Dann wird die Agrarfrage so „gelöst“ werden, wie das auf Schritt und Tritt jetzt der Fall ist: durch Befriedigung der mittleren und kleinen Dorfbourgeoisie und durch Umwandlung Rußlands in eine kleinbürgerliche Republik nach dem Muster Frankreichs.

Es bedarf heldenhafter Anstrengungen und der gesamten geschichtlichen Klarsichtigkeit des Proletariats, um einem solchen Endergebnis vorzubeugen, das die Verwirklichung des Sozialismus hinauschieben und den Klassenkampf des Proletariats hemmen würde.

Die Schraube ohne Ende.

Die Kohlenmagnaten haben neue Preiserhöhungen angemeldet; selbstverständlich melden sich mit dem gleichen Vorgehen sofort auch wieder die Eisen- und Stahlkönige. Zwar wissen manche Unternehmen kaum, wohin mit den Ueberschüssen, trotzdem sollen weitere Preiserhöhungen notwendig sein, damit man bestehen kann. Und nun hört man wieder mit phonographischer Treue die alte Melodie: die Selbstkosten sind gestiegen, die Löhne haben eine Erhöhung erfahren, die Materialien sind teurer geworden, erhöhte Steuern und Tarife belasten die Erzeugung.

Wie gewöhnlich, werden die Forderungen der Unternehmer anerkannt, sie brauchen nicht einmal zu streiken. Die Steigerung der Preise für Rohle und Eisen treiben unweigerlich auch die Preise der anderen Waren mit hinauf; die Kaufkraft des nominalen Lohnes sinkt, die vorausgesehenen Lohnerhöhungen waren für die Kap. In großem Umfange ist nun das Reich Abnehmer der meisten überhaupt noch hergestellten Waren. Die Preiserhöhung bedingt also auch eine entsprechende Mehrausgabe für das Reich und als weitere Folge: kräftigeres Zunehmen der Schulden. Und aus der Schuldensteigerung folgt mit unbedingter Sicherheit: erneutes Ansteigen der indirekten und direkten Steuern, das heißt, in der Hauptsache ein Abwälzen auf die arbeitende Bevölkerung. So bleibt die Schraube in Bewegung. Immer mit der Begründung: Lohnerhöhungen machen Preiserhöhungen notwendig und mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter ihre Lebenshaltung fortgesetzt weiter einschränken müssen und trotzdem die Steuerlasten für die Zukunft fortgesetzt an-schwellen.

Zur Verhaftung Minkers.

Hierüber liegt jetzt von holländischer Seite eine amtliche Aeußerung vor. Das Mitglied der Zweiten Kammer, der Abgeordnete von Hamel, hatte die Regierung bezüglich der Umstände befragt, unter denen die Verhaftung Minkers an der holländischen Grenze erfolgt sei. Minister Ort hat dem Fragesteller eine Antwort zugehen lassen, worin zunächst bemerkt wird, daß die Umstände, unter denen der in Holland an-fällige Karl Minker von niederländischem auf deutsches Gebiet und in die Hände der deutschen Behörden geraten ist, noch nicht vollkommen aufgeklärt seien. Die Untersuchung darüber sei sozgleich, nachdem das Verschwinden Minkers bekannt wurde, mit möglichstem Nachdruck sowohl durch die zuständige Polizeistelle wie durch die Maatrichter Justiz in die Hand genommen worden und werden mit Eifer fortgesetzt. Dann heißt es:

„Es hat sich ergeben, daß Minker am Dienstag, den 11. Dezember, nachmittags, mit dem Juge auf der Station Kerkrade-Rolduc angekommen ist. Hier wurde er erwartet von einer als Dome gekleideten, deutsch sprechenden Frau. Beide begaben sich von der Station auf den Weg, der nach ungefähr 10 Minuten zu einer Brücke über den die Grenze zwischen Deutschland und Holland führenden Bormbach führt. Vor dieser Brücke auf holländischem Gebiete liegt seitlich vom Wege in der Gemeinde Eggeleshoven ein Haus; der Zugang zur Brücke wird abgeschlossen durch einen zwei Meter hohen Zaun, der einen Durchgang von 1/2 Meter Breite freiläßt. Als die beiden Personen, die in einem geringen Abstand von zwei oder drei Metern in Zivil gefolgt wurden, eifrig sprechend, in der Nähe des erwähnten Hauses angekommen waren, machte Minker Miene, in das Haus einzutreten, worauf die Frau sagte: „Es ist alles sicher, der deutsche Posten ist nicht da“, und ähnliche Worte mehr. Beide begaben sich dann, die Frau voran, durch den Zaun auf die Brücke. Ungefähr auf der Mitte der Brücke wurde Minker von einer dort befindlichen Zivilperson gepackt, worauf zwei andere Zivilpersonen aus dem Hause, worin sie sich augenscheinlich verborgen gehalten hatten, und noch zwei weitere Leute von holländischer Seite herzuwinkten. Der vereinigte Kraft dieser fünf Leute, denen sich noch einige Soldaten und Bürger von deutscher Seite angeschlossen, gelang es, Minker auf deutsches Gebiet herüber zu schaffen.“

Die Frau und einige der Personen, die an der Festnahme mitwirkten, waren schon einige Tage vorher an Ort und Stelle gesehen worden. Keine von ihnen hat bis jetzt ermittelt werden können. Bezüglich der Frage, ob, wie behauptet wird, Minker nicht aus freiem Willen und unter Verletzung von holländischem Grundgebiet über die deutsche Grenze gelangt ist, und ob über diesen Punkt von der deutschen Regierung Aufklärung verlangt, und ob Kenntnis genommen werden könnte von der Andage, die Minker selber von den Vorgängen gibt, sei bemerkt, daß diese Aufklärung sofort durch Vermittlung unseres Gesandten in Berlin eingeholt worden ist, und daß das dortige Auswärtige Amt schon kurz mitgeteilt hat, daß Minker am 11. Dezember, nachdem er die Borm, die die Grenze zwischen Deutschland und Holland bildet, überschritten hatte, festgenommen worden ist — und zwar wegen Verdachts schwerer Spionage, die Minker, der ursprünglich von Nationalität Bayer gewesen zu sein scheint, verübt, und die er auch bereits zuge-randen haben soll.“

Von der Darstellung, die Minker selber von dem Vorgange gibt, hat der unterzeichnete Minister noch keine Kenntnis erhalten können. Es ist jedoch von dem Minister für auswärtige Angelegenheiten wiederholt bei der deutschen Regierung darauf gedrungen worden, von Minkers eigener Darstellung Kenntnis nehmen zu dürfen. Was die Frage betrifft, was gegenwärtig mit Minker geschieht, und was die holländische Regierung getan hat und tun wird, wenn Minker wirklich mit Gewalt und unter Verletzung von holländischem Gebiet über die Grenze und in die Gewalt der deutschen Behörden gebracht worden ist, kann mitgeteilt werden, daß auf ein dahin gehendes Ersuchen die deutsche Regierung versichert hat, daß das Ergebnis der holländischen Untersuchung über den genauen Ort der Festnahme abgewartet und bis dahin keine entscheidende Maßnahme gegen Minker, der sich in Berlin in Haft befindet, angewendet werden soll. Wenn sich ergibt, daß Minker in der Tat nicht aus eigenem Antrieb und mit Verletzung von holländischem Gebiet über die Grenze und damit in deutsche Gewalt gelangt ist, dann wird die Regierung nichts unterlassen, um zu erreichen, daß Minker nicht das Opfer von durch dritte an ihm verübten Handlungen wird, durch die er in den jetzigen Zustand gebracht wurde.

Aus der Zeit.

Schokoladen-Gewinn. Es gibt zwar kaum noch Schokoladen, aber trotzdem doch noch gute Gewinne in der Schokoladenindustrie. In dem am 1. Januar 1918 abgeschlossenen Geschäftsjahre hat z. B. die mit 1 Million Mark arbeitende Delikatess-Schokoladenfabrik A. G. die Kleinigkeit von 214 488 Mk. Reingewinn herausgebracht, also über 20 Proz. des Grundkapitals. Mit dem Gewinnvortrag aus dem vorigen Jahre stehen 323 000 Mk. zur Verfügung. Man könnte daher 80 Proz. Dividende ausschütten. Auch die Bilanz ist „süß“ für die Aktionäre. Maschinen, Geräte und Gespanne sind bis auf eine Mark abgeschrieben, Grundstücke und Gebäude stehen nur noch mit 820 000 Mk. zu Buche. Trotzdem ergeben die aufgeführten Aktiven 1,85 Millionen Mark, denen nur 860 000 Mk. wirkliche Verpflichtungen gegenüberstehen. Für die Aktionäre sind die Aussichten also garnicht so trübe.

Arbeiter-Bildungsschule.

Schilderstraße 6. Eingang durch die kleine Tür im Eisengitter.

Sonntag, den 17. Februar, beginnt der Vortragskursus der Genossin Käthe Dunker über Erziehungsfragen, der 6 Abende umfassen wird. Jeder Vortrag ist in sich abgeschlossen und kann als Einzelvortrag gehört werden. Genossin Dunker wird folgende Themen behandeln:

- I. Die Erziehung, ihre Aufgaben und ihre Grenzen.
- II. Familie und Erziehung.
- III. Schule und Erziehung.
- IV. Spiel und Arbeit.
- V. Sexuelle Erziehung.
- VI. Erziehung der heranwachsenden Jugend.

Beginn der Vorträge um 8 Uhr. Eintrittspreis für den Abend 20 Pf.

Am 19. Februar wird Genosse Eduard Verukeyn in seinem Kursus über das Völkerrecht das Thema behandeln: „Das Völkerrecht und der Krieg: Landkrieg, Seekrieg und Luftkrieg nach dem bisherigen Völkerrecht.“

Aus den Organisationen.

Zur Förderung der Wahlarbeit im 4. Kommunalwahlbezirk (2. Kreis) treffen sich die Genossen Sonntag vormittag 9 Uhr bei Wiener, Palowstr. 56.

Eine Kommunalwählerversammlung für den 24. Stadtverordnetenwahlbezirk findet am Dienstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünderstr., statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Erwahl; 2. Stellungnahme zur Kandidatenfrage und Ansprache. Die Kommunalwähler des Bezirks sind eingeladen.

Siemensstadt. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Kant, Siemensstr. 82, statt. Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 17. Februar, vorm. 9 Uhr, Wappel-Allee 15/17; Reutkölln, „Dealkasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 48 bei O. Vamp; Freireligiöse Versammlung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Frau Marie Krüske: Das freizeitliche Elternhaus und die konfessionelle Schule. — Gäste willkommen.

Repton-Bauschulenweg. Um den Parteigenossen, Freunden und Bekannten in dieser schweren Zeit ein paar frohe Stunden zu bereiten, hält der „Männerchor Oberpre“ am Sonntag, den 17. Februar, im Lokal „Konordia“ (früher Karpfenteich), Am Treptower Park 69, einen heiteren Abend ab. Mitwirkende sind: Das Berliner ML-Orchester und Konzert-Sängerin Frä. Gertraud Kobl. Ebenfalls ist für ein gutes Konzert gesorgt. Anfang pünktlich 8 Uhr. Nach dem Konzert gemütliches Beisammensein.

Tempelhof-Mariendorf. Am 17. Februar 1918, abends 6 1/2 Uhr, findet in „Herolds Festhölle“ ein heiterer Abend statt. Darbietungen bestehend aus: Musikvorträgen, Rezitationen, Liedern zur Laute, Aufführung von Fastnachtspielen und Reigentänzen. Eintritt 30 Pf. Da der Reinertrag für das Jugendheim bestimmt ist, bitten wir die Genossen und Genossinnen um zahlreichen Besuch.

Jugendweih in Reutkölln.

Die Jugendweih in Reutkölln findet am 24. März statt. Meldungen sind im Büro, Redarstraße 3, zu machen. Zur Teilnahme ist jeder berechtigt ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Es wird gebeten, die Meldungen baldigst zu erstatten.

Quittung.

Für den Pressefonds: Charlottenburg ein Genosse durch Freilgang 2 Mk. Aus einem Feldlazarett 11 Mk. Von O. G. Feldgeou durch Schilling 2 Mk.

Für die Familien Inhaftierter sind eingegangen: Kollegen der Gewerkschaft Spandau 117,56 Mk. Arbeiter von Anortbremse 117,56 Mk. Kranzübersehü Stadttagen von Kollegen und Kolleginnen der D. W. B. Wittenau, Abt. Kugellager, 32 Mk. Für Inhaftierte M. von Zivilpatienten in Beelitz 149,26 Mk.

Achtung! Mitglieder der D. G. B. D.

Kreis Teltow: Beeskow - Etorhom - Charlottenburg.

Zahlt Eure Beiträge nur an die Kassierer und Zahlstellen der Opposition. Achtet auf Legitimationskarten und Bezirkslokal-Plakate.

Verhindert durch Eure Wachsamkeit, daß die Durchhalter Eure Groschen erschleichen.

Besonders die Neuköllner Genossen und Genossinnen seien aufmerksam gemacht.

Genossen, die aus dem Felde zurückgekehrt, versäumen nicht sich umgehend bei ihrem Wahlverein wieder anzumelden.

Der Kreisvorstand.

Danksagung.

Für die erwiesene Teilnahme sowie den trostreichen Gesang bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Tischlermeisters

Friedrich Frenkel

sagen wir allen Genossen und Genossinnen des 815. Bezirks sowie allen Bekannten herzlichsten Dank.

Freig und Erich Frenkel, als Söhne.

Am Montag verstarb infolge Blinddarmentzündung nach vollzogener Operation unser lieber Genosse

Ludwig Dubid

im 48. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. Febr., nachmittags 8 Uhr, in Bohnsdorf statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

I. S. A. B.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim, Bezirk Pichtenberg.

Als weiteres Opfer dieses unseligen Weltkrieges verstarb am 7. Februar 1918 unser Genosse

Friedrich Eisenblätter

Gürtelstr. 25, 8. Abt., 41. Gruppe.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 10. Februar verstarb unsere Genossin

Martha Lösche

Frankfurter Allee, Bezirk 856.

Am 9. Februar verstarb unser Genosse, der Schlosser

Franz Floß

Hohenlohestr. 14, Bezirk 295.

Am 8. Februar verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Carl Clasen

Röpenickerstr. 145, Bezirk 169.

Am 7. Februar verstarb unser Genosse, der Rutscher

August Eckelt

Vitauerstr. 17, Bezirk 838.

Im Februar verstarb unsere Genossin, die Arbeiterin

Ida August

Jellestr. 8, Bezirk 871.

Am 6. Februar verstarb unser Genosse und langjähriger Bezirksführer, der Tischlermeister

Friedrich Frenkel

Königsbergerstr. 28, Bezirk 815.

Frenkel war einer der opferwilligsten Parteigenossen. Alle persönlichen Interessen hintenanstellend, widmete er sich ganz der Partei. Seit Jahren nagte an ihm die Tuberkulose. Trotzdem übte er seine Funktion in der Partei bis zum letzten Atemzuge aus. Seine Opferwilligkeit und seine Treue zur Partei sichern ihm ein dauerndes Andenken.

6. Wahlkreis.

Am Freitag, den 11. Januar, verstarb unser Genosse, der Tischler

Wilhelm Muhsfeld

Liebenwalderstr. 58, 20. Abt., Bez. 783.

Wahlverein Neukölln.

Am 6. Februar verstarb unser Genosse

August Sieler

Knefbeckstr. 74, 14. Bezirk,

im Alter von 42 Jahren an Lungentuberkulose.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim, Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am 30. Januar 1918 verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied, der Genosse

Paul Glaz

Provoststr. 84

an der Lungenschwindsucht im Alter von 83 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Reichstagswahl Niederbarnim. Öffentliche Wähler-Versammlungen

am Sonntag, den 17. Februar:

Bernau bei Herrmann, Bürgermeisterstraße, 4 Uhr nachmittags.

Borsigwalde bei Eberhardt in Wittenau, Lubarjerstraße, 2 Uhr nachmittags.

Hohenschönhausen bei Herschleb, Berlinerstraße, 4 Uhr nachmittags.

Oberschöneweide bei Drake, Wilhelmminenhofstr. 41a, 8 Uhr abends.

Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr:

Friedrichsfelde bei Bausdorf, Berlinerstr. 18.

Reinickendorf-Ost bei Sadau, Residenzstr. 124.

Tegel in Bellevue, Spandauerstraße.

Dienstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr:

Niederschönhausen bei Rettig, Blankenburgerstr. 4.

Rosenthal bei Milbrodt, Walderferstr. 4.

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr:

Reinickendorf-West bei Görres, Eichbornstr. 45.

Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

Weihensee in der Borussia-Brauerei, Berliner Allee.

Referenten:

Die Abgeordneten Bernstein, Brandes, Büchner, Haase, Ad. Hoffmann, Hofer, Jäckel, Ledebour und Vogtherr.

Freie Aussprache.

Genossen, es gilt die kurze Zeit bis zum Wahltag am 14. März agitatorisch voll auszunutzen. Unser Kandidat ist Dr. Rudolf Breitscheid. Die Wählerlisten liegen noch bis 19. Februar in den Gemeindebüros, auch am Sonntag aus. Sichere sich Jeder durch Einsichtnahme in dieselben sein Wahlrecht. Der Kreisvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Eisen-, Metall- und Revolverdreher und -Dreherinnen sowie Rundschleifer.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Berliner Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Jeder Kollege muß anwesend sein.

Die Branchenkommision.

Niederbarnim.

Die einheitliche Arbeiterbewegung.

Von Rudolf Breitscheid.

Von den Vorwürfen, die die Partei des Herrn Scheidemann gegen die Unabhängige Sozialdemokratie erhebt, geht uns keiner näher, als der, daß wir die Einheit der Arbeiterbewegung zerhörten. Es mag drüben Leute geben, die andere Anklagen ernster nehmen und beispielsweise in unserer sogenannten Vaterlandslosigkeit das schwerste Verbrechen erblicken, aber wir sind, wie gesagt, am empfindlichsten gegen die Behauptung, unser politisches Auftreten zerreiße die einheitliche Front des Proletariats und gefährde auf solche Art seine Zukunftsaussichten. Auch auf die Masse der Arbeiter selbst wirkt ohne allen Zweifel eine Kritik, die an diesem Punkte ihren Ausgang nimmt, am stärksten, und es ist daher dringend notwendig, immer wieder ihre Unhaltbarkeit und ihre Sinnlosigkeit darzutun.

Da muß zunächst daran erinnert werden, daß man auch schon vor unserer Loslösung und ehe wir gegen die Leitung der alten Partei und der Gewerkschaften in eine uns so sehr verdächtige Opposition traten, von einer einheitlichen Arbeiterbewegung in Deutschland nicht reden konnte. Neben den Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaften gab es, die vollständig Indifferenten nicht gerechnet, eine leider nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitern, die auf einem anderen Standpunkt standen und als Hirsch-Dundersche hinter den Liberalen, als Christliche hinter dem Zentrum und den Konservativen, als Gelbe hinter all denen herliefen, die sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Hauptaufgabe gestellt hatten.

Bei allen Unterschieden, die zwischen diesen Richtungen in die Erscheinung traten, war für sie doch ein Gemeinsames vorhanden, das sie alle von uns und unserer Auffassung schied: der Glaube an eine Harmonie der Arbeiter- und Unternehmerinteressen. Er war und ist am stärksten ausgebildet bei den Gelben, die wirtschaftsfriedlich den Streik verwerfen. Er bestand und besteht aber auch bei den christlichen und liberalen Arbeitern, die die Ablehnung ihrer mehr oder weniger bescheidenen Wünsche auf den bösen Willen oder die Einsichtlosigkeit des Unternehmertums zurückführen und ihm immer wieder gut zureden, es möge doch die schließliche Uebereinstimmung der Interessen begreifen.

Wir konnten mit Christen und Hirsch-Dunderschen gelegentlich zusammen gehen und zusammen kämpfen, aber uns trennte von ihnen stets die grundsätzliche Beurteilung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Sie hofften auf die bei gutem Willen irgend einmal zu erreichende Harmonie; wir erkannten die unentrinnbare Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Ueberwindung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Der Ausbruch des Krieges änderte dieses Verhältnis insofern, als nun mit einem Male von den maßgebenden Stellen in Partei und Gewerkschaften weitgehende Zugeständnisse an den bis dahin bekämpften und verspotteten Standpunkt der „Harmonieapostel“ gemacht wurden. Hier lagen die Wurzeln des Umlernens; auf dieser Grundlage baute sich die Politik des 4. August mit all ihren Folgeerscheinungen auf, und hier öffnete sich der Riß zwischen uns und den Regierungssozialisten. Es war weder, wie es vielfach hingestellt wird, die Uebertreibung taktischer Meinungsverschiedenheiten, die uns unsere eigenen Wege gehen ließ, es war nicht Krakeelsucht und es war nicht Doktrinarismus — uns zwang zur Loslösung die ständig wachsende Ueberzeugung, daß eines der wesentlichsten Prinzipien oder besser gesagt, das Prinzip der modernen Arbeiterbewegung nur auf diesem Wege gerettet werden könne.

Nicht etwa nun, als ob von Sozialdemokraten in maßgebender Stellung die Interessenharmonie in der vulgären Form und Art liberaler Arbeiterführer verkündet worden wäre. Auf dieses Niveau sanken höchstens ein paar Wirrköpfe hinab, die sich auch schon vor 1914 durch eine merkwürdige Auslegung des sozialistischen Programms ausgezeichnet

hatten. Die Klügeren hielten an der entwicklungs-geschichtlichen Lehre des Marxismus fest und suchten nur zu beweisen, daß sich die Arbeiterschaft nicht ohne Schaden der notwendigen Entwicklung (und der Krieg sollte eine unvermeidliche Station auf dem Wege dieser Entwicklung sein) entgegenstemmen dürfe. Dieser Krieg, so hieß es, sei eine andere Form der Revolution, er berge in seinem Schoß die Keime des Sozialismus, und das Proletariat dürfe sich nicht vermessen, dem Rad des geschichtlichen Wandens in die Speichen zu fallen.

Diese Gedanken führten, mannigfaltig verbunden mit denen von der Pflicht der Vaterlandsverteidigung, praktisch zum Ausgeben des Kampflandpunktes. Indem man den Welteroberungsdrang des Kapitalismus als ein unumgängliches Durchgangsstadium auf dem Wege zum Sozialismus hinstellte und gleichzeitig dem Arbeiter auseinandersetzte, wie sehr ihm daran liegen müsse, daß die Interessen des industriellen Kapitals in diesem Kriege und durch diesen Krieg nicht gefährdet würden, geriet man auf die schiefte Ebene des Verzichts auf eine selbständige Politik. So konnte sich tatsächlich besonders in der ersten Zeit die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege kaum von der der bürgerlichen Parteien unterscheiden, und als sich die Partei endlich zu der Erkenntnis von den annexionistischen Absichten des Kapitalismus durchrang, da hatte sie sich, ganz abgesehen von ihrem Mangel an Energie, durch ihre ursprüngliche Politik und durch ihr Festhalten an den „Ideen des 4. August“ der besten und wirksamsten Waffe im Kampfe gegen den Krieg und für einen dauerhaften und demokratischen Frieden beraubt.

Wir Unabhängigen sahen die Angriffe, die man gegen uns richten würde, voraus, aber wir waren nicht in der Lage, die Mitverantwortung für ein der Arbeiterbewegung so verhängnisvolles Treiben zu übernehmen. Wenn wir auch wußten, wie der imperialistische Kapitalismus zum Kriege drängt, so ersahen uns dieser Krieg doch keineswegs als eine vom menschlichen Willen unabhängige Notwendigkeit, und wir konnten uns um die Schuldfrage nicht mit einem Hinweis auf die in der Geschichte tätigen Kräfte herumdrücken. Und wenn der Krieg tatsächlich eine Revolution bedeutete, so konnte sie uns nach unserer Ansicht dem Ziel der Arbeiterklasse nur dann näher bringen, wenn die Arbeiter sich des unüberbrückbaren Gegensatzes zu dem Kapitalismus und seinen Interessen bewußt blieben.

Nur auf dieser Grundlage hatte und hat für alle Zeiten die Einheit der Arbeiterbewegung einen Sinn. Es kommt für den Sieg nicht darauf an, möglichst große Massen mit einem möglichst verschwommenen Programm zu vereinigen, Vorbedingung des Erfolges ist vielmehr das unverbrüchliche Festhalten an der Gegnerschaft zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung und an der Entschlossenheit, die Kampfstellung gegen sie auch nicht einen Moment lang aufzugeben.

So sind nicht wir Unabhängigen es, die die einheitliche Front zerstört haben, sondern jene tragen die Schuld, die den Sinn der modernen Arbeiterbewegung verwirrten. Wir zweifeln nicht an der Wiederherstellung der Einheitlichkeit, aber sie wird erfolgen auf dem Boden der von uns festgehaltenen Grundsätze, und sie wird sich um so schneller und sicherer vollziehen, nachdem wir durch unsere Trennung einen neuen Sammelpunkt geschaffen und durch unsere Opposition die Geister auferüttelt haben. Und auch aus dem Grunde kann sie nur auf dem von uns vorgezeichneten Wege erfolgen, weil sie, um wirksam zu sein, international sein muß.

Ein bürgerlicher Kandidat in Niederbarnim.

Die Bürgerlichen in Niederbarnim rühren sich nun doch. Für die Reichstagsersatzwahl ist ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt. Diese Kandidatur ist einigermaßen auffällig, da seit dem Jahre 1874 im Wahlkreise kein nationalliberaler Bewerber in die Erscheinung trat. Von

diesem Zeitpunkt ab standen den Sozialdemokraten nur Reichsparteiler und Freisinnige gegenüber. Offenbar soll der Nationalliberale jetzt zwischen diesen beiden Parteien vermitteln und so als Sammellandkat laufen, für den man auf die Stimmen der bürgerlichen Linken so gut wie der bürgerlichen Rechten rechnet.

Das entspricht ja auch durchaus den tatsächlichen Verhältnissen. Denn in dieser Kriegszeit hat sich ein nennenswerter Unterschied unter den bürgerlichen Parteien kaum bemerkbar gemacht, und wir können sie in Bausch und Bogen bekämpfen, wenn wir gegen den Nationalliberalen zu Felde ziehen.

Dabei vergessen wir freilich nicht den besonderen Charakter des Nationalliberalismus. Die nationalliberale Partei ist die Partei der schweren Industrie und des schweren Herzens. Das heißt jene Partei, die sich zwar immer noch liberal nennt, aber mit angeblich schwerem Herzen im Interesse der schweren Industrie jede Reaktion unterstützt. Sie ist in ihrer Mehrheit Gegnerin des gleichen Wahlrechts, sie ist in ihrer Gesamtheit annexionistisch und undemokratisch. Sie ist, wie die Verhältnisse in Niederbarnim nun einmal liegen, hier die gegebene Schildträgerin der Deutschen Vaterlandspartei.

Gegen die werden wir kämpfen, unmittelbar, indem wir ihren friedens- und völkseindlichen Charakter dartun, und mittelbar, indem wir nachweisen, daß das Verhalten der Regierungsozialisten viel dazu beigetragen hat, sie zu einer solchen Macht im Staate werden zu lassen. rb.

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Niederbarnim.

Nach Blättermeldungen wollen auch die Nationalliberalen im Niederbarnimer Kreise einen Kandidaten aufstellen und zwar in der Person des Lichtenberger Stadtrats Marekly. Bei den letzten Wahlen hatten die Konservativen den Kandidaten gestellt. Ob sich Konservative und Nationalliberale geeinigt haben, steht dahin, es ist aber kaum anzunehmen, daß die Konservativen in Niederbarnim sich an die Wand brücken lassen werden. Vielleicht erscheinen sie auch noch auf dem Platz. Dann würde Herr Stadtrat Marekly gegen seinen Oberbürgermeister Bietzen kandidieren.

Die berüchtigte J. R. kündigt den Redaktionen an, daß sie in den nächsten Wochen Material zur Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim bieten wird. Sie will sich dabei auf Informationen stützen, die ihr vom Wahlbüro der Regierungsozialisten zugehen. Wird ein schönes Nagout werden!

Im Anschluß an diese Ankündigung bringt die J. R. eine Notiz unter der Ueberschrift: „Ein netter Reichstagskandidat“, in der Breitscheid seine politische Stellung bei der letzten Reichstagswahl in Dessau vorgehalten wird.

Eine andere Notiz betitelt sich: „Streit bei den Unabhängigen“. In dieser Notiz wird zunächst auf einige Bemerkungen des Genossen Mehring über die Breitscheidische Kandidatur hingewiesen und angefragt, ob Breitscheid auf dem Standpunkt Mehrings über die Bedeutung des Arbeiterschutzes stände, den Mehring im Dezember 1913 in den „Lichtstrahlen“ vertreten habe. Es interessiere die Arbeiter unter den Lesern der J. R., wie man bei den Unabhängigen über den Arbeiterschutz denke. Und wenn sie sich heute auch sankten, im Herzensgrunde seien sie doch einer Meinung.

Das sind so einige Kostproben aus dem Arsenal dieser auf den Hund gekommenen Korrespondenz. Gen. Mehring hat ja selber auf die Anrempelung geantwortet. So wichtig der Arbeiterschutz auch ist, jetzt interessiert die Arbeiter weit mehr die Politik der Regierungsozialisten, die sie seit Kriegsausbruch zum Schaden des Proletariats getrieben haben, eine Politik, welche die Regierung ständig geübt hat und die nicht zuletzt an der langen Dauer des Krieges mit seinen furchtbaren Folgen mitschuldig ist. Darüber werden die Wähler am 14. März zu richten haben.

Eine Kandidatur der Fortschrittlichen Volkspartei in Niederbarnim weiß das „Berliner Tageblatt“ zu melden. Als Kandidat wird das Vorstandsmitglied

des Eisenbahnerverbandes, Hoffmann-Lichtenberg, genannt.

Nur Steiner der Wahrheit. Genosse Breitfeld bittet uns um die Aufnahme folgender Notiz:

„Die „J. R.“ des Herrn Heilmann erzählt nach der Leipziger „Freien Presse“, ich hätte zahlreiche Bittgesuche an einen bekannten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der Mehrheit geschrieben, daß dieser sich für meine Freilassung vom Militärdienst verwenden möchte.

Darauf habe ich zu erwidern: Ich habe in meinen militärischen Angelegenheiten einen einzigen Brief an einen bekannten Reichstagsabgeordneten gerichtet, und zwar, als ich von einer dritten Person gehört hatte, daß dieser sich für einen bestimmten Fall, in dem mir meiner Ueberzeugung nach aus bestimmten Gründen Unrecht geschehen war, interessierte. Da ich noch im Militärdienst stehe, kann ich hier auf den Inhalt des Briefes nicht näher eingehen, stelle aber der „J. R.“ und der „Freien Presse“ gern anheim, das Schreiben zu veröffentlichen. Die Richtigkeit der Behauptung, ich hätte an einen Reichstagsabgeordneten Bittgesuche gerichtet, würde sich hienau bald ergeben.

Im übrigen bin ich selbst gern bereit, jedem Wohlwollenden Einsicht in die Abschrift des Briefes zu gewähren.

Rud. Breitfeld.

Schneise und Umgegend. Sämtliche Genossen und Genossinnen treffen sich am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 9 Uhr, bei Pusch in Fichtenau zwecks Aussprache über die Reichstagswahl.

Die Bezirksleitung.

Auslegung der Wählerlisten.

Lichtenberg. Wir ersuchen dringend darum, daß unsere Genossen Einsicht in die Wählerlisten nehmen. Dieselben liegen vom 12. Februar an 8 Tage aus und zwar wochentags von 8-3 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr.

Für den Ortsteil Lichtenberg im Stadtverordneten-Sitzungslokal, Müllendorferstr. 3.

Für den früheren Ortsteil Rummelsburg im Stadthaus, Zährschmidstr. 25, Zimmer 20.

Jeder Genosse und Genossin möge nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Wähler Einsicht nehmen. Proteste gegen die Wählerliste oder deren Unstimmigkeit sind nur bis zum 19. Februar zulässig. Auf zur Wahlarbeit!

Genossen und Genossinnen, die sich an den schriftlichen Wahlarbeiten beteiligen wollen, wollen sich bei ihrem Viertelführer melden.

Ein bolschewistischer Führer über England.

Aus Petersburg wurde gemeldet, daß der Rat der Volkskommissare Tschitscherin zum Beschluß des Volkskommissars für Aeuheres (Troysti) ernannt habe.

Tschitscherin, ein bekannter bolschewistischer Schriftsteller, lebte in der Kriegszeit in London. Ende 1915 wurde er von der englischen Regierung festgesetzt und zwei Jahre lang im Gefängnis schlecht behandelt. Die freigewordenen Bolschewiki ernannten ihn zum Botschafter in London, doch erkannte ihn die englische Regierung nicht an. Es bedurfte erst harter Drohungen seitens der Alliierten, um seine Freilassung zu bewirken. Auf der Rückreise in die Heimat hat Tschitscherin dem Stockholmer „Politiken“, dem Hauptorgan der schwedischen Linkspolitiker, einen Artikel über die gegenwärtige Weltlage unter der Ueberschrift „Imperialismus und Revolution in England“ geschrieben.

Tschitscherin nennt darin England den Vetter der Oligarchien, welche überall die Massen des Volkes knechten. Es sei der entwickelteste kapitalistische Staat, die Beherrschten der Meere, der finanzielle Mittelpunkt der Welt, die führende Finanzoligarchie, die sich jetzt mit der kräftig aufwärts strebenden amerikanischen Plutokratie fast zusammenschließen. England sei stets die stärkste und leitende Kraft in der Weltreaktion gegen das Proletariat gewesen und stehe in der neuen anglo-amerikanischen Form hinter den Kulissen aller konter-revolutionären Bewegungen. Die internationale Großfinanz mit ihrer Leiterin der englischen Oligarchie an der Spitze machte gleichzeitig den primitiven Jarkismus und die russische Bourgeoisie zu ihrem Werkzeug. Während der letzten Zeit vor dem Kriege entstand in England eine reichhaltige Literatur, die der Ansicht gewidmet war, den Jarkismus reinzuwaschen und alles Mittelalterliche in England zu verbrennen: die Heiligenbilder, die Klöster, die Pilger und den herzenweinen frommen Bayern. Aber gleichzeitig klüfferte die englische Bourgeoisie dem ganzen russischen Bürgertum die Legende ein, daß die „westlichen Demokratien“ für die Freiheit der Völker kämpften. „Die englische Oligarchie ist der mächtigste Feind der russischen Revolution, gegen die sie in aller möglichen Weise intrigiert und die sie zu erdroffeln und zum Verbluten zu bringen sucht. Denn sie führt die internationale kapitalistische Welt auch im Kampf gegen ihren Todfeind, das internationale revolutionäre Proletariat.“

Tschitscherin ist überzeugt, daß der Weltkrieg die Zeit der allmählichen Evolution abgeschlossen hat. Er

erblickt in ihm eine Revolution von oben, einen gigantischen Versuch, die aufwärtsstrebende Arbeiterbewegung unschädlich zu machen und das überkapitalistische Weltreich des Finanzkapitals zu errichten. Dem strebe vor allem „das Reich der eisernen Ferse“ zu, um einen Ausbruch von Jark London zu gebrauchen. Wie naiv, primitiv und unbedeutend sei das Reich der eisernen Ferse gegen die eisernen Ferse des modernen Ueber-imperialismus. Deutschland sei in seinen Gesellschaftsverhältnissen zurückgeblieben und bisher das Land des primitiv-brutalen Junkertums gewesen; gegenwärtig mache es in vielem die gleiche Entwicklung durch wie sein englischer Weltgegner. Mit gutem Grund hätten die englischen Reaktionen offen zugegeben, daß sie lieber einen Sieg Deutschlands als einen solchen der englischen Volksmassen hinnehmen wollten. England habe während des Krieges eine industrielle Revolution durchgemacht und eine ungeheure Konzentration des Kapitals erlebt. Zur Befestigung des eigenen finanziellen Weltmarktes wolle es das Kapital der Gegner möglichst überall verdrängen. Das würde den Krieg als Wirtschaftskrieg und ebenso die Rüstung, den Haß, die Barbarei und die gegenseitige Aufbeizung der Massen durch den Chauvinismus verewigen. Auf politischem Gebiet würden dann alle demokratischen Freiheiten verschwinden und nur eine heuchlerische Maske übrig bleiben; das Parlament werde dabei zu einem betrügerischen und leeren Schein degradiert, während die Führer der großen Geschäftsvereinigungen im Staat und im Nationalhaushalt verbrecherisch wirtschafteten. Eine Bande von Schurken, Schwindlern und Erpressern würde sich die Welt untertan machen, überall Korruption von oben bis unten, überall Verbrechen, Lüge und Dema-



Genossinnen und Genossen!

Werkt für Euer Mitteilungsblatt! Sorat für seine weite Verbreitung! Schickt das Mitteilungsblatt ins Reich, damit unsere Genossen, die draußen schwere Pflicht erfüllen, sich über die Parteivorgänge, insbesondere über die Groß-Berlin, unterrichten können.

Der „Vorwärts“ ist nicht mehr das Organ der Berliner Arbeiterkraft und der Berliner Parteigenossen; er hat diesen Anspruch längst verwirkt. Das beweist er selber lautstark.

Lebt andere Parteiblätter an seiner Stelle, insbesondere unser „Mitteilungsblatt“!



goge verbreiten und die Welt durch die große Presse beherrschen, die Klaviers der Großfinanz diene und die Massen wie eine Abteilung Soldaten diszipliniere.

Nirgends sei die Unterwerfung der Arbeiter durch die Methoden des Ueberimperialismus so glänzend gelungen wie in England. Ein überall hinreichendes Netz fein gesponnener Intriguen und geheimer Einflüsse umgäbe die Arbeiterorganisationen. Die Führer der Organisation „British Empire Workers League“, die die Tendenzen des Ueberimperialismus in der Arbeiterbewegung verkörpere, und in erster Reihe ihr Proporgan, „British Empire Citizen“ hätten literarisch die Theorie des überimperialistischen Staates entwickelt: ein allmächtiger, zentralisierter Staat, imperialistisch, militaristisch und protektionistisch, mit weitgehendem Arbeiterschutz, mit der Teilnahme der Arbeiter an dem Gemeinut und der Teilnahme der Arbeiterorganisationen am Staatsleben. Der Geist dieser Richtung war der australische Imperialistische Arbeiter-Premierminister Hughes. Die Formel dieser Arbeiterschutzenselbst ist: die Arbeiter müssen Wohlstand besitzen, damit sie etwas zu verteidigen haben. Ihre theoretische Grundlage sei: gemeinsames Interesse aller Klassen an der Entwicklung der nationalen Produktion. In dieser Weise versuche der Ueberimperialismus das Proletariat durch kleine Brotkrumen zu gewinnen, um es zu veranlassen, seinem weitergesteckten Ziele und seiner vollständigen Emanzipation untreu zu werden. Durch die Internationale des Hasses sollte die Internationale der Arbeiterolidarität vernichtet werden. Durch die Zerstückelung der wirtschaftlichen Welt in einander gegenseitig bekämpfende imperialistische Gebiete sollte die Arbeiterklasse innerhalb jeden Gebietes an ihren Herrn geleitet und ihre Unterdrückung vertieft werden.

Der Ueberimperialismus sei indessen nicht imstande, in die Gesellschaftsverhältnisse neue Festigkeit zu bringen. Er bedeute Krieg, Blutvergießen oder Tarifkämpfe, Krisen, in jedem Falle endlose Leiden für die Massen. Die alle Schranken niederbrechende Allmacht der Oligarchie, ihre unermesslich gewordene Raubgier, ihre immer mehr zum Bürgerkrieg herabgleitende Gewalttätigkeit, alles dieses dränge unaufhörlich zu einer Krise, aus der es keine Rettung gebe, und führe notwendigerweise zu einem gewaltsamen Ausbruch. Der entwickelteste überimperialistische Staat, England, treibe unauffällig einer revolutionären Situation zu.

Am wichtigsten sei der Kampf um die Neuorganisation der Arbeiterbewegung durch offizielle Anerkennung der Werkstattdarsteller (die Shop-Stewards). Die Regierung und die alten Trade-Union-Führer versuchten, sie in die anspruchlose Rolle zu verwelfen, untergeordnete Organe in den

alten Trade-Unions zu sein, während die Shop-Stewards danach streben, das leitende Organ zu werden und in der weiteren Entwicklung zur Verwaltung der ganzen Produktion zu kommen. Gleichzeitig versuchte Henderson auf der Grundlage eines sehr weitgehenden Programms über Arbeiterschutz und radikalen Reformismus nebst einem ziemlich gemäßigten Friedensprogramm die gemäßigten Elemente unter seine Leitung innerhalb des Rahmens der Labour-Party zu bringen, deren Reorganisation bevorsteht.

So beurteilt ein bolschewistischer Führer den englischen Imperialismus vom Standpunkte des konsequenter internationalen Sozialismus aus. Aus Tschitscherins Darlegungen geht hervor, wie unsäglich töricht die Behauptung der deutschen reaktionären Presse ist, Trotski und die Bolschewiki seien bezahlte Kreaturen der englisch-amerikanischen Kriegstreiber.

Am 19. Januar erschienen Polizeibeamte von Scotland Yard (Londoner Polizeipräsidentium) in den Büros der Arbeiterpartei, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Sie beschlagnahmten sämtliche Exemplare eines Flugblatts, das die Ueberschrift trug: „Appell der Russen: Wird die britische Arbeiterkraft schweigen?“ Das Flugblatt war zur Verteilung unter den Delegierten des Nottinghamer Parteitags bestimmt. Ebenso wurden sämtliche Nummern der New Yorker sozialistischen Tageszeitung „Call“ beschlagnahmt, die einen Abdruck des Flugblattes enthielten. Ferner wurden Aufrufe des bolschewistischen Botschafters Sitwinow an die Arbeiter Londons beschlagnahmt.

Eine Massenversammlung von Maschinen- und Angehörigen verwandter Gewerkschaften in der Alberthall in London am 27. Januar hat eine Entschliebung angenommen, die die britische und die alliierten Regierungen auffordert, unverzüglich einen Waffenstillstand auf allen Fronten zu schließen und den Mittelmächten ein Friedensangebot zu machen auf folgender Grundlage: Keine Annexionen, keine Entschädigungen, Selbstbestimmung der Nationalitäten.

Die Entschliebung verlangt, daß Vertreter der Arbeiterschaft aller kriegsführenden Länder an den Friedensverhandlungen teilnehmen und erklärt, falls die Mittelmächte es ablehnen sollten, auf dieser Grundlage zu verhandeln, die britische Arbeiterschaft der Regierung beistehen werde, den für die Fortsetzung des Krieges notwendigen Mannschaftsersatz zu erhalten, daß aber, falls die englische Regierung es ablehnen sollte, den Mittelmächten dieses Angebot zu machen, die Versammlung sich verpflichte, der Durchführung des Mannschaftsersatzgesetzes entschlossen Widerstand zu leisten.

Der parlamentarische Mitarbeiter von „Daily Chronicle“ bemerkt, daß die große Alberthall dicht besetzt war und Tausende keinen Platz finden konnten. Die Entschliebung sei einstimmig und voll begeistert angenommen worden.

Ähnliche Entschliebungen seien gleichzeitig in anderen Maschinenzentren, besonders am Clyde, am Tyne, in Sheffield und Barrow angenommen worden.

Aus Amsterdam wurde gemeldet:

Die wachsende Verminderung der Lebensmittelzufuhr infolge des U-Bootkrieges hat eine immer größere Kreise lebende Unzufriedenheit in England heraufbeschworen, insbesondere unter den Arbeitern der Industriebezirke adert es. Kein Tag geht vorüber, wo die englischen Zeitungen nicht Demonstrationen und Protestversammlungen von Arbeitern, meist mit passivem Einschlag, melden.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

Wir sind verhältnismäßig wenig über die englische Arbeiterbewegung in dieser kritischen Phase des Krieges unterrichtet. Die Arbeiterpresse gelangt nicht zu uns. Die bürgerliche Presse Englands bringt nur das, was offen zutage liegt, und sie nimmt zudem auch Rücksicht auf die Stimmung der Bourgeoisie. Die Kongresse sind auch kein absolut sicherer Gradmesser der Meinung einer ganzen Schicht. Besonders dann nicht, wenn nur der offizielle Bericht die Grundlage der Beurteilung bilden kann.

Die Internationale sozialistische Kommission (Zimmerwalder Richtung) veröffentlicht jetzt einen Bericht, den von England nach England reisende Genossen der J. S. A. in Stockholm über die Lage in England erstatteten. Wir geben im folgenden einiges besonders Interessante aus diesem Bericht wieder. Der russische Genosse Tschitscherin, der mehrere Jahre in England in behändigem Konnex mit der englischen Arbeiterbewegung gelebt hat, führte u. a. aus:

Parallel mit dieser Bewegung entwickelt sich eine andere: der Kampf für die Anerkennung der Shop-Stewards, das heißt von Vertretern einzelner Fabriken und Fabrikabteilungen. Die Arbeiter wollen nicht mehr die Vertretung ihrer Interessen Beamten anvertrauen, sondern wollen unmittelbar aus ihrer Mitte

Vertreter wählen. Es gab eine Zeit, wo die Unternehmern ähnliche dezentralistische Strömungen unterstützten, jetzt aber haben sie in der gewerkschaftlichen Bürokratie eine mächtige Unterstützung gefunden, daß sie jede Bewegung, die gegen diese Bürokratie geht, heftig bekämpfen, was den Widerstand der Arbeiter nur reizt. Am energischsten kämpfen für die Anerkennung der Shopstewards die Metallarbeiter. Aus demselben Grunde haben im November des verfloffenen Jahres in Coventry in der Aeroplanindustrie 50 000 Arbeiter gestreikt, in Birmingham drohte ein Streik von 150 000 Arbeitern auszubrechen. Es haben bereits Konferenzen der Shopstewardsvertreter stattgefunden. Die Maschinenarbeiter verlangen für die Shopstewards das Recht der Kontrolle in sämtlichen Fabrikangelegenheiten. Die Unternehmer möchten aus den Shopstewards den Trade Unions untergeordnete Organe machen und das Whitley-Projekt der gemischten Kommissionen Unternehmer, Staat und Arbeiter, anwenden, um die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu beschwichtigen und den „sozialen Frieden“ zu begründen. Dieser Vorschlag wurde, obwohl er von Vertretern der Trade Unions befürwortet wurde, in Blackpool zurückgewiesen.

Ueber die Verbreitung der Zimmerwalder Ideen in England sprach Genosse Perroti, der offizieller Vertreter der British Socialist Party und von ihr beauftragt war, der russischen Regierung Größe der Solidarität zu überbringen. Mit der Zimmerwalder Bewegung geht es in England wie mit so mancher anderen. Im Grunde genommen, ist sie viel bedeutender, als sie scheint. Nach der Zahl der Organisationen kann man die Verbreitung der Strömung nicht beurteilen, auch gibt es viele Anhänger, die sich vielfach nicht genau Rechenschaft geben über die theoretische Bedeutung der Zimmerwalder Richtung. Dem Geiste nach ist sie aber sehr verbreitet.

Aus der Bewegung.

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in einer Notiz mit unserer in der letzten Nummer des Mitteilungsblattes gebrachten Mitteilung über die neuerliche Vertagung des Prozesses der früheren Vorwärtsredakteure gegen den Vorwärtsverlag und den Parteivorstand. Er schreibt, daß die diesmalige Vertagung von dem Rechtsbeistand der klagenden Redakteure veranlaßt und daß angeregt worden sei, die ganze Sache bis nach dem Kriege zu vertagen, da zwei Redakteure im Felde ständen. Das letztere ist insoweit ein Irrtum, als nur ein klagender Redakteur im Felde steht. Durch diese Bemerkung soll die Sachlage verdeckt werden. Seit steht doch die skandalöse Tatsache, daß Redakteure nicht nur entgegen dem Organisationsstatut einseitig entlassen wurden, sondern daß ihnen auch das ihnen zustehende Gehalt vorenthalten worden ist. Daß Redakteure des „Vorwärts“ noch um ihr Gehalt klagen müssen, ist so bezeichnend für den sozialen Geist der heutigen Macher im „Vorwärts“ und beleuchtet ihre Arbeiterfreundlichkeit so sehr, daß keinerlei Einwendungen gezeitnet sind, diese Tatsache aus der Welt zu schaffen. Was ein bürgerlicher Arbeitgeber ausnahmslos tut, ist beim Vorwärtsverlag noch lange nicht reichend. Wäre es das, dann hätte er längst seine Verpflichtungen erfüllt und nötigte nicht seine Angehörigen, bürgerliche Gerichte in Anspruch zu nehmen und einen langwierigen Prozeßweg zu beschreiten.

In den Schöb der protestantischen Kirche zurückgekehrt ist Herr Max Maurenbrecher mit Frau und Kind. Herr Maurenbrecher hat sich fortgesetzt gewandelt. Nationalsozial, Abschied von der Pastorenkirche, Sozialdemokrat, Mitglied der vaterländischen Gesellschaft 1914, Redner der Aldeutschen und der Vaterlandspartei, Wiederertritt in die protestantische Kirche. Mehr kann man nicht verlangen.

Eine öffentliche Versammlung in Frankfurt a. M. abzuhalten, war der U. S. P. in den letzten Tagen zum ersten Mal vergönnt. Der Erfolg war glänzend. Tausende hatten sich im Zoologischen Garten eingefunden, dessen Saal und Galerien — obwohl alle Tische entfernt — überfüllt. Genosse Ledebour, Berlin sprach über „Lebensfragen und Deutschlands Demokratisierung“. Mit stürmischem Beifall von den Massen empfangen, behandelte der Redner die zur Tagesordnung stehenden Fragen vom Standpunkt unserer Partei. Immer wieder wurden seine Darlegungen von lebhafter Zustimmung der Zuhörer begleitet. Die Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß sie in ihrer überwältigenden Mehrheit mit Ledebour einverstanden, aus Anhängern der U. S. P. bestand. Nur ein geringer Bruchteil der Erschienenen setzte sich aus Bürgerlichen und Regierungssozialisten zusammen. Von deren Wortführern ergriff niemand in der Diskussion das Wort. So fand die Versammlung einen prächtigen Abschluß, nachdem eine große Zahl neuer Mitglieder ihren Anschluß an die Organisation der U. S. P. gefunden.

Amüsant wirken die Versuche der bürgerlichen Presseorgane (insbegriffen die „Volkstimme“, das Blatt der Regierungsozialisten!), den durchschlagenden Erfolg der Versammlung zu verkleinern. Der Massenbesuch ist ja nicht gut zu bekämpfen. Drum verlegt man sich auf Umwegen des Stimmungsdrucks der Versammelten. Letztere hätten sich nach jenen Organen in ihrer Mehrheit aus Bürgerlichen und Regierungssozialisten zusammengesetzt. (Den Herren Berichterstatter muß die jubelnde Zustimmung, die Ledebour bei den Massen fand, recht unangenehm in den Ohren nachklingen!) Einß der Frankfurter aldeutschen Organe, die „Nachrichten“, will sogar aus dem Widerspruch, den Ledebour in der Versammlung gefunden (derselbe besteht natürlich nur in der Phantasie des Berichterstatters, der zwar selbst mal einen Widerspruch wagte, damit aber ohne jedes Echo in der Versammlung blieb) die Feststellung herleiten, daß für die U. S. P. in Frankfurt kein Boden vorhanden. Die „Nachrichten“ mögen sich mit den anderen trösten. Unsere Bewegung ist auch in Frankfurt a. M. auf dem Marsche. Die Entwicklung schreitet fort.

Aus dem Wahlkreis Danau—Bodenheim—Gelnhausen—Orb geht uns folgender Situationsbericht zu: Die Regierungsozialisten unter Führung von Hoch arbeiten in unierem Wahlkreis recht eifrig, um öffentliche Versammlungen abzuhalten. Herr Hoch bekommt sie alle ausnahmslos genehmigt, wir dagegen bekommen stets die Genehmigung verweigert. So hatten auch am Sonntag, 3. Februar, die Regierungsozialisten in Langenselbold eine öffentliche Volksversammlung veranstaltet, zu der Hoch das Referat hatte und der neugeborene Parteisekretär, Herr Jean Raich aus Langenselbold, sollte sekundieren. Die Versammlung war überfüllt, es mögen ungefähr 200 Personen anwesend gewesen sein. Aus Langenselbold, Danau, Langendiebach waren die Besucher zusammengeströmt. Zu Anfang der Versammlung gab es stürmische Antritte, da man keine Bürowahl vornehmen wollte. Raich und Hoch erklärten, das ginge nicht an, während des Belagerungszustandes Bürowahl vorzunehmen, das sei eine Umgehung des Gesetzes. Das Selbstbestimmungsrecht der Versammlung sollte vergemäht werden, da man kein Vertrauen zur Versammlung hatte. Herr Raich hat händeringend, doch „vernünftig“ zu sein, es sei doch ganz „demokratisch“, wenn er die Versammlung leite. Er gab einfach Herrn Hoch das Wort. Die Versammlung ließ Hoch nicht reden, sie verlangte eine Abstimmung der Versammlung. Endlich bequente sich Herr Raich, die Versammlung zu fragen, ob sie mit seiner Leitung einverstanden sei. Ganze 7 Stimmen waren dafür. Dies Resultat löste einen wahren Beifallsturm aus. Man merkte nun gar zu deutlich, als Herr Hoch die ganze Versammlung schon gegen sich sah, daß die Versammlung ohne Tagung auseinandergehen sollte. Wir hatten aber ein Interesse daran, in der Versammlung reden zu können und verteilten die Absicht, indem wir zu den unfrischen drei vorge schlagenen Genossen noch drei weitere für das Büro vorschlugen. Auf einmal konnte die Versammlung darüber abstimmen, da auch drei von ihren Leuten dabei waren. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Nun konnte Herr Hoch, nach einstündiger Geschäftsordnungsdebatte, seinen Vortrag halten. Er berichtete, daß er und die Fraktion alles für den Frieden getan habe. Er habe große „Kämpfe“ gegen Bestarp, Stresemann geführt. Die Bewilligung der Kriegskredite sei eine nebensächliche Sache, die wären doch bewilligt worden durch die bürgerlichen Parteien. Die Milliarden würden ja nicht der Regierung, sondern dem Lande bewilligt. Auch dieser alte Ladenhüter von David mußte herhalten. Uebrigens war seine ganze Rede in solch provokatorischer Weise angelegt, daß die Versammlung dem „bewährten Abgeordneten“ mehrfach unter stürmischen Pfiffrufen ihre Auffassung über solches Vorgehen beifand. Gisa und fast hörte die Versammlung Hochs Rede an, er schloß ohne Beifall. Dann nahm der Sekretär unseres Kreises, Genosse Schnellbacher, Danau, das Wort und sprach in eineinstündiger Rede die Kriegspolitik der Regierungsozialisten und wies an Hand von Tatsachen nach, wie Hoch und seine Fraktion dem Sozialismus schadenfährlich wurden, seit Beginn des 4. August 1914 bis auf den heutigen Tag. Die Ausführungen des Genossen Schnellbacher wurden des öfteren von brausenden Beifallstundgebungen der Versammlung unterbrochen. Ein Beweis dafür, daß er den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte und daß für die Schankelpolitik des Herrn Hoch in Langenselbold kein Boden ist. Genossin Gimbel-Danau unterstrich die Ausführungen und richtete besondere Worte an die anwesenden Frauen, die ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen wurden. Nun versuchte Hoch im Schlußwort in der demagogischsten Weise zu provozieren, was ihm aber nicht gelang, von der Versammlung aber dafür mit lebhaftesten Pfiffrufen bedacht wurde. Ohne jeden Beifall schloß er seine „denkwürdige“ Rede. Eine im Sinne der Schnellbacherischen Ausführungen gehaltene Resolution wurde bis auf einen Passus einstimmig angenommen. Zum letzten Absatz brachte Hoch einen Änderungsantrag ein, der mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde (dafür waren 14 Stimmen) und somit auch der letzte Absatz unserer Resolution angenommen war. Nachdem die Abstimmung erledigt, wollte Herr Raich noch seine Schlußworte sagen; aber die Versammelten erhoben sich und verließen in zahliger Weise unter den brausenden Akkorden der Arbeitermarxellia den Saal. Es war ein schwarzer Tag für Hoch und seine Getreuen. Es war nicht nur eine Niederlage für ihn, sondern eine moralische Hinrichtung. Eine solche Ausruf hat Herr Hoch seitens einer Volksversammlung noch nicht erhalten. Der Erfolg für uns waren neue Anmeldungen für unsere Partei. Wir können jedenfalls sehr zufrieden sein. Will Herr Hoch aber noch ein Täzchen wagen, wir spielen auf!

Aus den Gewerkschaften.

Die Berliner Eisen-, Metall- und Revolverdreher nahmen in einer von zirka 2000 Kollegen besuchten Branchenversammlung Stellung zu den Vorgängen innerhalb der Berliner Verwaltungskasse. Das Ergebnis der Diskussion wurde in nachstehender, einstimmig angenommener Resolution niedergelegt:

Die Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Verwaltung, eine Unterschriftensammlung zwecks Einberufung einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung vorzunehmen. Sie konstatiert, daß damit die Verwaltung lediglich den Auftrag der Vertrauensmännerkonferenzen ausgeführt hat. Die Branchenversammlung nimmt Kenntnis von dem Aufbruch der Verwaltung, der gewissermaßen die Notwendigkeit der Einberufung einer Verbandsgeneralversammlung darlegen soll und Beschläge für die Festlegung der Tagesordnung enthält. Die Branchenversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die von der Verwaltung vorgeschlagenen Punkte mit auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie stellt aber fest, daß die Vertrauensmännerkonferenzen bei Stellung des Antrages diese Punkte nicht im Auge

hatten, es sich also lediglich um Vorschläge der Verwaltung handelt, die mit schwacher Mehrheit gefaßt wurden. Die Branchenversammlung bedauert, daß die Verwaltung die Wünsche der Vertrauensmännerkonferenzen bezüglich Festlegung der Tagesordnung nicht berücksichtigt hat, wodurch der Anstoß erweckt wird, als solle die ganze Angelegenheit auf ein falsches Gleis verschoben werden. Sie hält es für unbedingt notwendig, daß der wahre Wille der Berliner Mitgliedschaft dem Vorstand und den Mitgliedern im gleiche bekannt gegeben wird. Dieser kommt zum Ausdruck in folgender

Erklärung:

Die Verbandsgeneralversammlung in Köln im Juni 1917 hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Wohl wurde die Haltung und Stellungnahme des Vorstandes und der Zentralleitung der Gewerkschaften Deutschlands von einer starken Opposition scharf beurteilt, aber schließlich doch vom Verbandstag mit schwacher Mehrheit gefaßt. Dieses Ergebnis war die Folge einer mangelhaften Erkenntnis der Konsequenzen der Kriegspolitik des Vorstandes und der Zentralleitung der Gewerkschaften, was am Schluß des Verbandstages ausführlich der Debatte über die Anlegung der Verbandsgelder blutigartig beleuchtet wurde. Durch die offizielle Kriegspolitik der Gewerkschaften wurde das Bestreben zum Ausdruck gebracht, den allen grundsätzlichen Standpunkt der Gewerkschaften aufzugeben, um einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und bürgerlicher Gesellschaft herbeizuführen. Die Berliner Mitgliedschaft des D. M. B. hält diese Bestrebungen für aussichtslos, da es einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze nicht geben kann. Eine solche Illusionspolitik ist geeignet, in der Arbeiterklasse Hoffnungen und Erwartungen zu erwecken, die niemals erfüllt werden und bittere Enttäuschungen zur Folge haben müssen. Bereits im ersten Kriegsjahr haben wir in einer Entschliebung auf die Verschärfung der Klassengegensätze während des Krieges hingewiesen. Heute, im vierten Kriegsjahr, erleben wir Maßnahmen, die an die Zeiten der schärfsten Verfolgungen der Arbeiterklasse erinnern. Gegenüber einer solchen Entwicklung halten wir die Bestrebungen der Gewerkschaftsleitung, wie sie durch die verschiedensten Kundgebungen und Beschlüsse und neuerdings im Anschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland zum Ausdruck kommen, für schädlich und eine zweifelhafte Festlegung der grundsätzlichen Haltung unserer Organisation erforderlich. Dies muß auf einem sofort einanderberufenden außerordentlichen Verbandstag geschehen. Ein außerordentlicher Verbandstag wird aber auch notwendig zur Erklärung der inneren Verhältnisse der Berliner Mitgliedschaft. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter werden stark beeinträchtigt durch die unzähligen Maßnahmen der Unternehmer und der Behörden. Die Mitglieder verlangen von ihrer Organisation die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Ueber das, was notwendig und möglich ist, geben die Meinungen naturgemäß in einer Mitgliedschaft, die Zehntausende von Mitgliedern umfaßt, stark auseinander. Um so notwendiger ist eine rege Organisationsfähigkeit zur Klärung der Meinungen und zur Kontrolle der Organisationsleitung. Aber gerade das wird uns durch die Maßnahmen der Behörden unmöglich gemacht. Die Folge ist zunehmende Unzufriedenheit, die lähmend und zerlegend auf das gesamte Organisationsleben wirkt. Der Hauptvorwand, der regelnd in unser deutsches Organisationsleben eingriff, trug nicht zur Klärung der Verhältnisse bei, sondern schaffte noch neuen Konfliktstoff. In Erwartung der bevorstehenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe halten wir die Befestigung aller inneren Differenzen für das Gebot der Stunde. Was uns hier in Berlin unmöglich gemacht wird, muß auf einem außerordentlichen Verbandstage geschehen! Nach § 88 Abs. 7 unserer Verbandsstatuten ist zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages die Unterstützung des sechsten Teiles der Mitglieder erforderlich. Ueber diese Bestimmung des Statuts bestehen Meinungsverschiedenheiten. Maßgebende Funktionäre erklären, daß die persönliche Unterstützung des sechsten Teiles der Mitglieder erforderlich sei, eine Unterstützung durch die im § 88 des Statuts vorgesehenen örtlichen Instanzen nicht als Unterstützung der gesamten deutschen Mitgliedschaft gelte. Ohne diese Auslegung des Statuts als richtig anzuerkennen, haben wir uns entschlossen, danach zu handeln, um möglichst schnell einen Verbandstag zu bekommen. Wir richten an unsere Kollegen im Reich die Bitte, unseren Antrag durch Sammlung von Unterschriften zu unterstützen, damit der Vorstand unsere berechtigten Forderungen erfüllen muß. Die Branchenversammlung ersucht die Organisationsleitung, diese Resolution dem Hauptvorstand zu übermitteln und erwartet von letzterem, daß der Wille der Berliner Mitgliedschaft bei Festlegung der Tagesordnung des außerordentlichen Verbandstages berücksichtigt wird.

Die obige Entschliebung gelangte auch in einer Branchenversammlung der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen und in der Bezirksversammlung des 14. Bezirks (Moabit) zur Annahme.

Eine Versammlung des Deutschen Bauarbeiters-Verbandes (Zweverein Berlin) beschloß nach einer Aussprache folgende Resolution:

Die heutige am 10. Februar 1918 tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes (Zweverein Berlin) erhebt Protest gegen die vom Vorstandsvorstand, seinen Instanzen und des „Grundsteins“ betriebene Politik, die den Boden des Klassenkampfes verlassen habe.

Auch spricht die Versammlung der Generalkommission, die mit der Politik des Vorstandes konform geht, ihre scharfe Mißbilligung aus.

Nicht durch Günst und Wohlwollen der bürgerlichen Parteien und der Regierung befreit sich die Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung, sondern nur einzig und allein aus eigener Kraft, auf dem Boden des Klassenkampfes.

Die Versammlung erwartet deshalb vom Verbandstag, daß mit der Politik des 4. August 1914 gebrochen wird.

Es darf nicht mehr der Wille des Vorstandes und seiner Inspektoren, sondern der Wille der Mitglieder oberstes Gesetz sein.

Die Delegierten des Zweigvereins Berlin sind verpflichtet, in diesem Sinne auf dem Verbandstag zu wirken.

Vorliegender Antrag wurde in einer sehr gut beachteten Versammlung gegen drei Stimmen angenommen. Ebenfalls wurde ein Antrag gegen drei Stimmen angenommen, der besagt, daß der General-Kommission wegen ihrer betriebenen Politik die Beiträge zu verweigern sind.

Groß-Berliner Chronik.

Eine umfangreiche Verkehrssteuer soll der Bevölkerung Groß-Berlins aufgebürdet werden und zwar in der Form eines erhöhten Straßenbahntarifs. Die Zweigverbandsversammlung hat am 27. November 1918 mit Stimmenmehrheit eine Tarifierhöhung während der Kriegszeit abgelehnt, auch soll der nach dem Verträge mit der Stadt Berlin im Jahre 1920 vorgesehene Staffeltarif nicht in Kraft treten. Inzwischen ist die Verkehrssteuer des Reiches gekommen, die es zuläßt, die Steuer auf das Publikum abzuwälzen. Sie beträgt reichlich $\frac{1}{2}$ Pfennig bei 10 Pfennigen. Die Interessenten wollen die Gelegenheit benutzen, gleich noch Extraprofite für sich herauszuschlagen auf Kosten des fahrenden Publikums. Würde man die neue Verkehrsabgabe abwälzen, so genügt, wenn anstatt 10 Pf. 11 Pf. erhoben würden. Bei diesem einen Pfennig würde sich für die Große Berliner Straßenbahn eine jährliche Mehreinnahme von etwa 8 Millionen Mark ergeben. Die Steuer beträgt aber nur $\frac{2}{3}$ Millionen, so daß schon bei einem Pfennig Erhöhung immer noch ein hübscher Ueberschuß bliebe. Aber der genügt der Gesellschaft nicht. Sie wendet ein, daß mit 11 Pf. nichts anzufangen sei, zumal nicht genügend Kupfergeld vorhanden wäre. Dasselbe trafe auf $12\frac{1}{2}$ Pf. zu. Man will 15 Pf. haben und sucht diese Tarifierhöhung dadurch schwächer zu machen, indem den Gemeinden verschiedene Zuwendungen versprochen werden. Die Gemeinden sollen ihr Recht für ein Einsengericht verkaufen. Das aber die Hauptfache ist, eine Erhöhung des Fahrpreises von 10 auf 15 Pf. bedeutet für die Große Berliner Bevölkerung eine Belastung von 50 Millionen Mark jährlich. Und das in einer Zeit, wo sich die Verhältnisse nicht übersehen lassen, wo wir uns aber heute schon in einer Zeit befinden, in der die breiten Massen ohnehin schon stark belastet sind.

Um zum Ziele zu kommen, bedient sich die Große Berliner auch ihres Personals. Anträge auf Lohnerhöhung hat sie dahin beantwortet, daß sie diesen Anträgen erst näher treten könne, wenn ihr eine Tarifierhöhung zugestanden sei. Aus diesem Grunde hat sich die Sektion der Straßenbahner des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes an den Zweigverband gewendet, um in einer Denkschrift auf die Lage des Personals hinzuweisen. Soweit es sich um die in dieser Schrift geforderten Lohnerhöhungen handelt, sind sie vollst. gerechtigt. Fremden hat es aber allseitig erregt, daß die Sektion der Straßenbahner (Mathmann) sich dazu benutzen läßt, an einer von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn verlangten Tarifierhöhung und damit an einer schweren Belastung der Bevölkerung Groß-Berlins mitzuwirken. Die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß die Direktion immer Ansätze gefunden hat, berechnete Forderungen der Straßenbahngesellschaften abzuweisen. Der wahre Grund der Ablehnung hat immer in der von dieser kapitalistischen Verkehrs-Gesellschaft betriebenen Dividendenpolitik bestanden. Die etwa 2 Millionen Mark ausmachende Lohnerhöhung kann sehr wohl aus den Ueberflüssen bestritten werden. Es ist ein hiesiges Elend, daß Gewerkschaftsvertreter ihren kapitalistischen Herren den Stiefel über den Kopf zu stecken versuchen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Zweigverband lehnen unter aller Anerkennung der Lohnforderungen der Angeheulenen eine solche Dividendenpolitik der Großen Berliner einmütig ab.

In der letzten Sitzung des Zweigverbandes wurde die Tarifffrage einem Ausschuss von 25 Mitgliedern überwiesen. Inzwischen werden hinter den Kulissen alle Register gezogen, um die Gemeinden für den 15 Pf.-Tarif zu gewinnen. Ob's hilft, wird die nächste Zeit lehren.

Im Stadtbahn- und Vorortverkehr treten die neuen Erhöhungen der Fahrpreise bereits am 1. April in Kraft. Auch diese betragen bis 50 Proz. und bedeuten gleichfalls eine neue Besteuerung der Groß-Berliner Bevölkerung.

Der Kaiserhof, jene Stätte, an der sich die bessere Gesellschaft Berlins und weit darüber hinaus zu versammeln pflegte, soll an das Reichswirtschaftsamt übergehen. Es werden 15 Millionen Mark verlangt, ein sehr anständiger Preis, der aber heutzutage, wo aus dem Vollen geschöpft wird, keine Rolle spielt. Wir haben es ja dazu.

Drei Brotbackfabriken sind in der letzten Woche aufgehoben und 19 Personen wegen Fälschung und Handel mit Brotbackarten festgenommen worden.

Aus Furcht vor der Fürsorgeerziehung warf sich dieser Tage ein 17-jähriges Mädchen am Bahnhof Wedding vor einen einfahrenden Personenzug und wurde tödlich verletzt.

Eine Gasvergiftung in der Hausvogel erregte vorige Woche Aufsehen. Mehrere dort festgehaltene Personen erkrankten schwer an Gasvergiftung, es gelang der herbeigerufenen Feuerwehr,

die Leute, die das Bewußtsein verloren hatten, zu retten. Ein Gasbahn soll nicht geschlossen gewesen sein.

Höhere Schüler vor den Zelten. Dem „Berliner Tageblatt“ wird von pädagogischer Seite geschrieben:

„Die Ansammlung von Schülern und Schülerinnen des Sonntagnachmittags vor den Zelten“ bildet nachgerade ein öffentliches Aergernis. Das königliche Provinzialkollegium hat bereits die Schulleitungen angewiesen, den Besuch dieser Straße zu verbieten; trotzdem hat der Unfug sich weiter ausgewachsen. Am letzten Sonntag griffen einige Direktoren benachbarter höherer Lehranstalten persönlich ein und ließen eine größere Anzahl der Existenten durch die Polizei feststellen. Die Verweisung von der Anstalt steht den jungen Leuten bevor; von einer höheren Mädchenschule sind bereits vier Schülerinnen entfernt worden. Den Eltern wird dringend geraten, ihre Kinder von dem Unfug fernzuhalten. Es ist höchste Zeit, daß endlich mit dem unpassenden Treiben, das das spazierengehende Publikum belästigt, ein Ende gemacht wird.“

Es muß schon weit gediehen sein, wenn in dieser Weise Pädagogen ihrem Herzen öffentlich Luft machen. Die „bunten Mägen“ haben sich schon lange als Standalmacher betätigt, obwohl sie doch vorzugsweise aus besseren Kreisen stammen und gute Erziehung genossen haben. Dafür lesen wir aber bald alle Tage in den Zeitungen von der Verwahrlosung der Jugend der unteren Volksklassen, für die man die Fürsorgeerziehung übrig hat.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat ihrem Personal ihren Dank und ihre Anerkennung für treues Aushalten während der Streiklage ausgesprochen. Mit dem Dank allein will sie es diesmal nicht bewenden lassen. Jeder Angestellte soll noch besonders 10 Mk. erhalten, die höheren technischen Beamten 15—20 Mk., außerdem ist die Beförderung einer besonderen Detraktion in Aussicht gestellt.

Ueber den Vandaufenthalt der Stadtkinder hat der neugebadene sozialdemokratische Stadtrat von Charlottenburg, Ahrens, im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlicht, worin er einen Lobgesang auf die neue Einrichtung anstimmt. Er steht damit im Gegensatz zu dem bürgerlichen Professor Hildebrand, der neulich im Verein für Schulgesundheitspflege im Interesse der Schule vor einer Wiederholung nachdrücklich warnte, weil von dieser Verschickung eine erneute schwere Schädigung des Schulbetriebes zu befürchten sei. Herr Ahrens stellt sich damit auf einen ähnlichen Standpunkt wie der Wasserjuppenpolitiker Herr Thomas-Frankfurt a. M., der während des Krieges seinen Stolz darcin setzte, die Massenpeisung zu reorganisieren und neue Rezepte zu erfinden. Reulich hat dieser Kochkünstler die Abraham'schen Mittelstandstüchen mit seinem werten Besuch beehrt und war davon so begeistert, daß er ein hohes Lobsted auf Herrn Abraham und seine muster-gültigen Küchen in einem Artikel der Abraham'schen „Kinderfürsorge“ anstimmte. Wir, die wir die Sache seit Jahren verfolgen und kennen, sind ganz anderer Auffassung, als Herr Thomas, der sich ansehnend als Autorität ersten Ranges zu betrachten scheint und sofort nach einem flüchtigen Besuche von oben herab sein wertvolles Urteil abgeben muß.

Aus der Zeit.

Ueber den Kleider- und Schuhwucher wurde in der Armenratsitzung in Nürnberg lebhaft geklagt. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht darüber folgenden Bericht:

„Dem Armenrat waren Stoffe angeboten und dabei kein Preis genannt worden. Auf Nachfrage wurde lediglich behauptet, diese Stoffe seien um das Acht- bis Zehnfache billiger als im freihändigen Verkauf. Preis und Qualität wurden aber wiederum nicht genannt. Der Vorsitzende, Reichsrat Fleischmann, legte scharfe Worte gegen dieses Verfahren. Er sagte: Früher hätte man gesagt, „man laßt die Lage im Saal“, jetzt darf man das aber nicht mehr sagen. Was hindert denn die Firma, uns gleich den Preis zu sagen? Es gibt in solchen Sachen keine Reklamationen, es muß alles so genommen werden, wie es uns gegeben wird und es müssen vorher große Summen bezahlt werden, welche schwere Verluste mit sich bringen. Das ist eine Geschäftsführung, die wir nicht gefällt, zumal wenn sie von einer amtlichen Stelle, wie die Reichsbekleidungsstelle ist, ausgeht. Man schickt uns keine Muster und nennt uns weder Namen, noch Preis der Stoffe. Da muß ich sagen: Wer mehr kauft, als absolut notwendig ist, der unterstützt den Wucher. Ich meine also, wir sollten verlangen, daß uns der Preis der Stoffe genannt wird. Wer verhindert denn die Firma, uns den Preis zu sagen? Wenn sie ihn nicht nennen will, dann fragen wir bei der Reichsbekleidungsstelle an. Die muß den Preis wissen, und wenn sie ihn nicht weiß, so muß sie ihn eben berechnen. Es wird uns freilich gedroht, wenn wir die Stoffe nicht nehmen, bekommt sie ein anderer und wir würden dann teurere Stoffe kaufen müssen. Dadurch dürfen wir uns aber nicht abschrecken lassen; wir werden das hinnehmen müssen. Dann könnten wir wenigstens sagen, wir sind das Opfer eines Verfahrens geworden, welches niemand billigen wird. Man muß sich nicht gerade alles gefallen lassen.“

Auf Vorschlag des Referenten wurde beschlossen, auf Nennung der Preise zu bestehen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bot sich noch einmal Gelegenheit, den Wucher mit dem Schuhwerk kräftig zu illustrieren. Armenrat Siemantel hatte auf den Tisch des Hauses drei Sorten Holzsandalen niedergelegt, die als Muster eingegangen sind und deren Preis 5,50, 6 und 6,50 Mk. beträgt. Die Sandalen bestehen lediglich aus Holzsohlen, einem dünnen Riemen über den Fuß und einem angeblichen Asterleder. Armenrat Gebhardt sprach sehr richtig von

einem Skandal und der Vorsitzende bemerkte hierzu: „Ich glaube nicht, daß wir diese Sorte Schuhe über das Frühjahr hinaus erhalten werden. Ich begreife nicht, wie uns solche Preise abverlangt werden können. Wenn auch das Holz teuer ist, so muß man doch bedenken, daß diese Sachen im Massenbetrieb im Fabrikationsweg im großen hergestellt werden. Bedauerlich ist, daß wir nichts Besseres zu kaufen kriegen. Es müßte sich doch ein Weg finden lassen, um auf die Höhe der Preise etwas einzuwirken. Zu was ist denn die Reichsbekleidungsstelle da, wenn sie in solchen Fällen nicht eingreift.“

Unter den so charakterisierten Zuständen hat natürlich nicht nur die Armenpflege, sondern die gesamte Bevölkerung zu leiden, soweit sie nicht in der Lage ist, die noch im Schleichhandel erhältlichen guten Kleider und Schuhe zu erwerben. Die Zustände entwickeln sich tatsächlich immer mehr zum „Skandal“.

Barrikadenbauende Bayern. Die „Neue Donau“ berichtet aus Straubing:

„Im benachbarten Dorfe Unteröbling wurden durch Kontraktoren in dem Stadel des Müllers Baumgartner ungefähr 100 Zentner „schwarzgemahlene“ Mehl aufgefunden, das verschiedenen Bauern des Dorfes gehörte. Der Wirtschaftsoffizier erschien nun mit Auto und Militär, um das Mehl nach Straubing abzuholen. Der Offizier verfuhr mit guten Worten die Bauern, die die Begehung des Mehls mit Gewalt verhinderten, zur Vernunft zu bringen. Jedoch vergeblich. Er fuhr nach Straubing, um dem Vorstand des Bezirksamts von den Vorgängen Mitteilung zu machen. In der Zwischenzeit haben die Bauernfrauen das Mehl verschleppt. Als der Bezirksamtsmann, Reg.-Rat Pöschner, erschien, war die Straße mit Wagen, Balken usw. abgesperrt, so daß er das Dorf nicht betreten konnte. Ueber die Barrikaden hinweg empfingen ihn die Bauern mit Beschimpfungen und Bedrohungen, so daß er unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte.“

Der bauernbündlerische Reichstagsabgeordnete Baur hat jüngst in einer Versammlung den Bauern die Leviten gelesen, sie an ihre Ablieferungspflicht gemahnt und ihnen vorgehalten, daß es höchst unchristlich sei, wenn man vormittags mit dem Rosenkranz in die Kirche geht und nachmittags an die norddeutschen Hammer das Schmalz um 8 bis 10 Mark das Pfund verkauft, während die Munitionsarbeiter, die durch ihre Arbeit das Vaterland und auch den Hof der Bauern schützen helfen, hungern müssen.“

Wir haben nichts davon gelesen, daß über Unteröbling der verschärfte Belagerungszustand verhängt und ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt wurde.

Von der englischen Front. Ueber die Ernährungsverhältnisse der englischen Armee gibt ein Soldatenkessel-Ausschluß, das von den englischen Frontsoldaten viel gesungen wird. Das Lied hat einen Reim, der in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

Der Brigadier liebt Truthahn, — Der Oberst ist Geflügel, — Die Offiziere verzehren Schinken, — Und preisen sich mit Recht als glückliche Leute, — Die Unteroffiziere haben Brot und Käse, — Und auch sie sind darum nicht zu beklagen, — Wir armen Tommies aber bekommen Brot und Marmelade, — Wer die letztere kennt, weiß, was wir leiden.“

Trinkt Ungarwein, wenn ihr hungrig seid! Das scheint die Lebensmittelpolitik des Leipziger Magistrats zu sein. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung in Leipzig kam zur Sprache, daß das Lebensmittelamt von den für Beschaffung von Lebensmitteln bewilligten 6 Millionen allein für $\frac{3}{4}$ Millionen Ungarwein gekauft hatte. Zur Rede gestellt, kam heraus, daß man ursprünglich für 350 000 Mark von diesem Wein kaufen wollte, aber die sächsische Regierung wollte Ungarn gefällt sein und kaufte große Mengen von dem Wein, den sie wiederum den Städten aufkaufte. Und weil Dresden noch mehr von diesem „Lebensmittel“ genommen hatte, wollte man in Leipzig sich nicht lumpen lassen. Der Magistrat bot den Wein öffentlich aus und verkaufte ihn literweise. Aber die Bevölkerung hielt sich reserviert. Bisher konnte nur ein Drittel des Quantum verkauft werden, die Leute wurden davon nicht satt. Zur Zeit der großen französischen Revolution meinte eine Prinzessin angeführt der großen Massen hungernder Menschen, die nach Brot schrien, dann möchten sie doch Kuchen essen. Das Geschäft des Leipziger Magistrats bedeutet eine ähnliche Verhöhnung der darbenenden breiten Massen, wie jener prinzipielle Ausspruch.

Gute Nährmittel. Nährmittel machen fett, die schlechtesten wohl am sichersten — aber nur die Erzeuger. Die Verbraucher gehen an „Nährmitteln“, wie sie jetzt auf den Markt kommen, eher leider zugrunde. Wie lohnend die Nährmittelherzeugung ist, das läßt der Abbruch der Hohenloheschen Nährmittelfabrik A.-G. zu Gerabronn und Raffel erkennen. Das Unternehmen arbeitet mit 15 Millionen Mark Grundkapital. Damit wurden im Betriebsjahre 1916/17 108 755,82 Mark Reingewinn herausgebracht. Vor Festsetzung des Reingewinnes hatte man die Beträge für Abschreibungen abgezogen. Es werden zwar nur 10 Proz. Dividenden verteilt, dafür aber nun auch auf neue Rechnung fast $\frac{1}{2}$ Million Mark vorgetragen. Einschließlich 1915/16 konnte die Gesellschaft jetzt über 633 647 Mk. Reingewinn verfügen.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: G. Veld; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Damm, Berlin, Köpenicker-Str. 36-38.